

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948**

50 (10.12.1948)

# WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS- WOCHENSCHRIFT

Nr. 50 — 2. Jahrgang (12. Nr. 12) DO. 44. 1945. Konstanz/Bodensee, 10. Dezember 1945. Ausg. D. Preis 60 D-Pfennige

Endlich  
Gewerbefreiheit!

Der Kampf um die Gewerbefreiheit ist in ein aktuelles Stadium getreten. Die Wirtschaftsebene begann in der Nummer 37 vom 27. August an Hand eines Beispiels aus Baden gegen die immer noch bestehenden und zum Teil wieder neu eingeführten Gewerbebeschränkungen Sturm zu laufen. Seitdem haben wir das Thema nicht mehr aus den Augen verloren. Noch in den beiden letzten Ausgaben beschäftigten wir uns kritisch mit dem neuen Gesetzentwurf über Gewerbezulassung in Baden.

Über das vergangene Wochenende ist nun dieser Kampf in sein Endstadium getreten: Die amerikanische Militärregierung hat die Landesregierungen in ihrer Zone angewiesen, bis zum 20. Dezember d. J. (1) Maßnahmen zu ergreifen, um alle Gewerbebeschränkungen in ihrer Zone aufzuheben. Ausgenommen sind nur Betriebe des Gesundheits-, des Sicherungswesens und der Wohlfahrt. Für diese bleiben die deutschen Lizenzierungsbestimmungen erhalten. Die Militärregierung ihrerseits behält sich die Lizenzierung in Presse, Rundfunk und Theater vor, ebenso wie bestimmte andere Lizenzierungsbefugnisse, die noch in Kraft bleiben. Damit werden die in einigen Ländern der amerikanischen Zone bestehenden Lizenzierungsbeschränkungen beseitigt. Die Militärregierung hat sich unmissverständlich erklärt, daß für den Fall der Weigerung der Länder diese nach dem 20. Dezember ohne jede Kontroll- oder Zulassungsbefugnis sein werden, da die Aufhebung der einschneidenden Bestimmungen endgültig sei. Für die britische Zone sind ähnliche Maßnahmen zu erwarten.

Dieser eben skizzierte Direktive der US-Militärregierung läßt die Absicht der Militärregierung erkennen, wie es Richardson Bronson wörtlich formuliert hat, „die deutsche Wirtschaft von mittelalterlichen Lizenzierungsbestimmungen zu befreien“ und die Möglichkeit einer freien, demokratischen Entwicklung zu geben.“ Dadurch haben die Länder Vorzüge zu treffen, die jeder zu jedem beliebigen Zeitpunkt ein Geschäft, ein Handels- oder Industrieunternehmen ohne besondere Genehmigungen und Prüfungsmaßnahmen eröffnen kann. Für die drei oben erwähnten Ausnahmewirtschaftszweige wird nur die Einschränkung gemacht, daß der Bewerber über die berufliche Eignung verfügen muß.

Wer die deutsche Wirtschafts-Messlatze kennt, wird sich nicht wundern, daß die ersten deutschen Pressekommentare im wesentlichen gegen diese Direktive der Militärregierung eingestellt sind. Sogar mit juristischen Einwendungen wird schon geschossen. Man stellt die Frage, ob die besprochenen Maßnahmen nicht „in ihrer Verwirklichung zu scheitern“ drohen. Die nicht im Rahmen des Schicksalsbegriffes liegen, auch gegen den Willen der gewählten Körperschaften im einzelnen zu regeln.“ Nun sei dazu hier gleich bemerkt, daß der Wirtschaftler mehrfach in den letzten Monaten, wie unsere Leser wissen, den Militärregierungen einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, der immer

## Deutsche Agrarpreise über Weltmarkt

Scharfe Preissteigerungen am freien Markt — D-Mark fest — Einführung einer Vor-Umsatzsteuer? Notenumlauf über 6 Mrd. DM — Der Long-Term-Plan — Verstaatlichung verboten

Immer noch steht die Preisentwicklung in Deutschland im Mittelpunkt des Interesses. Zu den bekanntesten der Statistiker würde sagen: sich zu einem Trend entwickeln. Gehten, kommt das Weihnachtsgeschäft als aktueller Anlaß hinzu. Auf dem freien Markt ist der Preisanstieg in der letzten Woche besonders groß gewesen. Stellen wir den Rekord gleich zu den Anfang. In Hannover stieg der Kaffeepreis in einer Woche von 40 auf 55 DM je kg. In vier Wochen war er auf 60 DM. Das ist nicht nur ein Rekord, sondern auch eine Ausnahme. Der bis jetzt höchste Zigarettenpreis wird mit 0,80 DM genannt. Mit den Zigaretten wollen wir uns kurz beschäftigen, sie bieten ein gutes Beispiel für die Leistungen des illegalen Außenhandels. Die Preissteigerung für amerikanische Zigaretten erfolgt vorwiegend auf der Basis des schwarzen Dollarkurses. 300 Amsterdamer Zigaretten kosten im Ausland rund 1 Dollar. Der illegale Importeur verkauft sie zu 2 Dollar an den inländischen Großhändler, dieser für 3 Dollar an den Zwischenhändler. Bei einem freien Dollarkurs von 30 DM, wie aus unserer Tabelle in der vorigen Ausgabe zu sehen ist, zahlte der Großhändler 40 DM, der Zwischenhändler 60 DM und der Verbraucher 80 DM für 300 Zigaretten. Obwohl nun, wie üblich Anfang des Monats, der freie Dollarkurs etwas zurückging, stieg die Zigarettenpreise weiter, zum Teil sogar erheblich, gestiegen. Auch Butter und Zucker haben ziemlich scharf angezogen. In Frankfurt lag Butter bei 45 DM je kg, in Stuttgart bei 52, der Zucker liegt bei etwa 7 DM je kg, das Weizenmehl in Düsseldorf bei 3 DM, in Stuttgart 3,20, in Frankfurt 3,30. Über die starke Erhöhung des Fleischpreises wird allgemein, besonders lobhaft aber von Gaststättenbesitzern, geklagt. Das Küchengemüse hingegen liegt jetzt schon bei 13 DM und mehr; Schweinefleisch kostet doppelt so viel, wobei die regionalen Unterschiede ebenfalls sehr erheblich sind. Trotz allen Bemühungen lokaler Polizeibehörden und trotz Aufrufen von Wirtschaftsministerien in der Presse geht die nicht über die Aufhebung der Statistik laufende Einfuhr von Schokolade immer weiter: Die 100-g-Tafel wird mit 3 bis 3,50 verkauft. Die einzige Oase bildet der Textilmarkt. Die Textilpreise des freien Marktes sind schon seit Wochen mit den Ladenpreisen identisch. Der Einzelhandel selbst hat sich in dieses Geschäft ein-

geschaltet. Nach Äußerungen aus Frankfurt ist damit zu rechnen, daß die Textilgewerkschaft bald aufgehoben wird.

**D-Mark fest**

Trotzdem muß erwähnt werden, daß die DM im Ausland stabil bleibt. Die Notierungen in Zürich zeigen über das Wochenende die für den Monatsanfang übliche Kursaufbesserung. Am Mittwoch lag die DM wieder auf dem alten Stand von 18,50 für 100 DM zurück. Es scheint uns in diesem Zusammenhang zu gebühren, wenn wir aus einem Bericht der öffentlich-rechtlichen Sparkassen von Rheinland-Pfalz folgende Sätze zitieren: „Bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs spielt die Barzahlung

noch eine zu große Rolle. Viele Geschäftsteile und auch sonstige Kreisläufe sind durch ihren tatsächlichen Geschäftsumsatz zu verschulden. Vielfach geschieht das in erster Linie mit Rücksicht auf die überhöhten Steuerbeiträge. Diese hemmen nach den Beobachtungen der Sparkassen auch nicht selten eine an sich nicht mögliche stärkere Produktionssteigerung in den Betrieben, da von einem gewissen Grade an jedes Mehreinkommen fast ganz von den Steuern aufgezogen wird.“

Mit diesen Gedanken sind wir von den aktuellen Preissteigerungen wieder zu den strukturellen gekommen. Nun legen wir sehr interessante Zahlen für die deutschen Agrarpreise vor. Es ist ja bekannt, daß auch vor dem

Kriege die deutschen Inlandspreise für Nahrungsmittel weit über den Weltmarktpreisen lagen. Da diese Preise in der Welt in dem letzten Jahre sehr viel stärker gestiegen sind als die anderen Preise, ist jetzt der Unterschied zu den deutschen beherrschend festgesetzten Preisen nicht mehr so groß. Das gilt eben für Nahrungsmittel, wie für Fein- und Fettsäure. In der Tabelle, die wir aus technischen Gründen am Schluß dieses Aufsatzes bringen, sind nun die Weltmarktpreise mit den deutschen Preisen sowohl im Jahre 1938 als auch im Oktober 1944 (amtliche Preise) verglichen.

Wie unsere Leser wissen, lagen auch auf den deutschen Häutenaktionen die Preise in den letzten Monaten weit

über den Weltmarktpreisen. Inzwischen ist diese Beruhigung eingetreten, und es wurden sogar bereits von verschiedenen Stellen erhebliche Preisrückgänge in Leder gemeldet.

Betrachtet man zunächst diese hier aufgezeichnete Entwicklung der Agrarpreise, dann bemerken wir eigentlich gar nicht so beunruhigt zu sein, nicht einmal über die Preise am freien Markt. Nur die Verengung an sich scheint den maßgebenden Männern immer noch erhebliche Sorgen zu machen. Herr Schläger-Schönigen wird nach England fahren und dort die Erfahrungen studieren, die England mit seinem Agrarwirtschaftssystem gemacht hat. Eines ist aber heute schon sicher, daß Wirtschaftssysteme sich nur schwer und unvollkommen von einem Land auf das andere übertragen lassen. Was in dem sehr disziplinierteren England möglich ist, kann in Deutschland nur teilweise, in Frankreich überhaupt nicht gelingen. Wegen der stark mechanistischen Auffassung über die Wirtschaft ist dies leider nicht immer gesehen worden und wird auch heute noch nicht gesehen. Wir haben auf dieses Problem der Volkswirtschaft oft hingewiesen. Jetzt hat der Schweizer Prof. Salin in einem Aufsatz, den wir auszusprechen an dieser Stelle dieses Blattes vorschlagen, vor allem anderen sehr klar den gleichen Gedanken wie folgt formuliert: „Der echte Impuls, welcher die Befreiung der Wirtschaft von autoritären Formen bringt, kann nur von einem sehr homogenen Wirtschaftskörper, nur bei einem relativ stabilen Bedarf und nur bei einer Kleinfertigung überlassen werden können.“

### Zum süddeutschen Zusammenschluß

## Ausgeglichen und krisenfest

Auf unsere Glasse in Nummer 47 „Wirtschaft sagt Politik“ ist es uns bei uns selbst, die Zustände eingestiegen. Es ist sehr schwer, eine Auswahl zu treffen. Die möglichst viele zu Wort kommen zu lassen, werden wir zur Ausgabe veröffentlichen. Heute geben wir wieder zwei Stimmen das Wort, die sich für den Zusammenschluß Württemberg und Baden einsetzen, und einer, die dagegen ist. In der nächsten Ausgabe werden wir die Veröffentlichung fortsetzen.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses des württembergischen Landtages, Herr Alex Möller, schreibt uns zur Frage des süddeutschen Zusammenschlusses:

„Von der finanzpolitischen Perspektive her betrachtet, liegen die Gründe für einen Zusammenschluß klar auf der Hand. Bei einer Verengung des Spielraumes der drei Länder müßte ein umfangreicher Abbau bis hin auf den Staatspräsidenten durchgeführt werden. Die dadurch eintretenden erheblichen Einsparungen an personellen und sächlichen Kosten sind beachtlich. Der Zusammenschluß würde auch wohl eine Koordinierung und Zusammenlegung der sozialpolitischen und finanziellen Maßnahmen ermöglichen, was die wirtschaftliche Ausgeglichenheit des Gebietes wird den neuen Staat zum verhältnismäßig krisenfest machen.“

Man wird aber dem Bundespräsidenten Böckmann, Herrn Reichspräsidenten Wille, in diesem Sinne Gedächtnis geben wollen, wenn man nicht, wie es leider der Fall ist, sich lieber dem Zusammenschluß ablehnen. Ein Zusammenschluß und damit ein gewisser Ausgleich zwischen dem in seiner Superkraft etwas schwächeren Süden mit dem insofern kräftigeren Norden ermöglicht eine andere und bessere Haushaltsführung, denn die Finanzkraft des neuen süddeutschen Staates ist erheblich größer als sich aus einer rein technischen Summierung der einzelnen Teile in den letzten drei Ländern ergibt.

Als im Jahre 1919 die sieben süddeutschen ehemaligen Fürstentümer zu einem Lande Thüringen geteilt wurden, ergab die gleiche Frage eine bedeutsame Rolle. Sie wurde im Sinne der Notwendigkeit eines Staatsvertrages gelöst, und dieser Staatsvertrag bildete bis zum Zusammenbruch 1945 die wesentlichen Grundlagen des Zusammenlebens jener Staaten.

Ein Zusammenschluß und damit ein gewisser Ausgleich zwischen dem in seiner Superkraft etwas schwächeren Süden mit dem insofern kräftigeren Norden ermöglicht eine andere und bessere Haushaltsführung, denn die Finanzkraft des neuen süddeutschen Staates ist erheblich größer als sich aus einer rein technischen Summierung der einzelnen Teile in den letzten drei Ländern ergibt.

Man wird aber dem Bundespräsidenten Böckmann, Herrn Reichspräsidenten Wille, in diesem Sinne Gedächtnis geben wollen, wenn man nicht, wie es leider der Fall ist, sich lieber dem Zusammenschluß ablehnen. Ein Zusammenschluß und damit ein gewisser Ausgleich zwischen dem in seiner Superkraft etwas schwächeren Süden mit dem insofern kräftigeren Norden ermöglicht eine andere und bessere Haushaltsführung, denn die Finanzkraft des neuen süddeutschen Staates ist erheblich größer als sich aus einer rein technischen Summierung der einzelnen Teile in den letzten drei Ländern ergibt.

Man wird aber dem Bundespräsidenten Böckmann, Herrn Reichspräsidenten Wille, in diesem Sinne Gedächtnis geben wollen, wenn man nicht, wie es leider der Fall ist, sich lieber dem Zusammenschluß ablehnen. Ein Zusammenschluß und damit ein gewisser Ausgleich zwischen dem in seiner Superkraft etwas schwächeren Süden mit dem insofern kräftigeren Norden ermöglicht eine andere und bessere Haushaltsführung, denn die Finanzkraft des neuen süddeutschen Staates ist erheblich größer als sich aus einer rein technischen Summierung der einzelnen Teile in den letzten drei Ländern ergibt.

Man wird aber dem Bundespräsidenten Böckmann, Herrn Reichspräsidenten Wille, in diesem Sinne Gedächtnis geben wollen, wenn man nicht, wie es leider der Fall ist, sich lieber dem Zusammenschluß ablehnen. Ein Zusammenschluß und damit ein gewisser Ausgleich zwischen dem in seiner Superkraft etwas schwächeren Süden mit dem insofern kräftigeren Norden ermöglicht eine andere und bessere Haushaltsführung, denn die Finanzkraft des neuen süddeutschen Staates ist erheblich größer als sich aus einer rein technischen Summierung der einzelnen Teile in den letzten drei Ländern ergibt.

### Neues Exportverfahren der französischen Zone

Frankfurt. Die JEIA-Nebenstelle in Baden-Baden gab am Mittwoch ein neues Exportverfahren für die französische Zone bekannt, das am 1. Dezember in Kraft getreten ist und nur solange Gültigkeit haben soll, bis das neue JEIA-Verfahren Nr. 1 in der französischen Zone rechtswirksam wird. Damit wurde zum ersten Mal seit der Vereinigung der JEIA mit dem Oberrhein eine Lockerung der Exportkontrolle in der französischen Zone durchgeführt.

Neukriegsereignisse gezeigt, unter denen sich auch einige Exportmodelle befinden.

**Jutesäcke billiger als Jute**

Frankfurt. Die ersten 300.000 von insgesamt zwei Millionen Jutesäcken für die Landwirtschaft der Zone sind nunmehr eingetroffen. Ihre Einfuhr ist, wie von der VEFJ mitgeteilt wird, billiger als der Import von Jute und deren Weiterverarbeitung im Inland.

Neukriegsereignisse gezeigt, unter denen sich auch einige Exportmodelle befinden.

**Kompromiß in London?**

Über die in London stattfindenden Verhandlungen über die deutsche Demontagen soll die englische Zeitung „Evening News“ mit, daß Administration Hoffnungen auf ein Kompromiß zwischen den Demontagen gesetzt eingestimmt sei. Es heißt, auf diesem Grundlag einen Kompromiß zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten zu erzielen.

Neukriegsereignisse gezeigt, unter denen sich auch einige Exportmodelle befinden.

**Kohleneinfuhr der Ostzone**

Berlin. Im November 1945 wurden im Rahmen der Handelsabkommen 24.000 t Steinkohle aus Oberschlesien und 78.000 t Kohle aus Oberschlesien und der Tschechoslowakei in die Ostzone und nach Berlin geliefert.

Neukriegsereignisse gezeigt, unter denen sich auch einige Exportmodelle befinden.

**Walfang-Saison hat begonnen**

Insgesamt 18 Walfang-Expeditionen wurden jetzt in die Gewässer des südlichen Barentssee gestartet. Damit gilt die diesjährige Walfang-Saison 1945 als eröffnet. Ebenso wie im Vorjahre dürfen auch in dieser Saison nur insgesamt 10.000 Wale erlegt werden. Norwegen wird 18, Großbritannien 4, Japan 3 und die Sowjet-Union und Holland je eine Expedition entsenden.

### Automobilanstellung in Tübingen

In Tübingen findet, vom 2. Dezember bis 8. Januar die erste deutsche Automobil- und Motoranstellung der Nachkriegszeit statt. Auf der Anstellung, die einen Überblick über die deutsche Kraftfahrzeugindustrie geben soll, werden

Neukriegsereignisse gezeigt, unter denen sich auch einige Exportmodelle befinden.

**Ein Stimme aus der Industrie**

Ein Süddeutscher industrieller Industrieller stimmt u. a. wie folgt, zu diesem Fragenstellung:

„Auf deutscher Seite haben zwischen den belagerten drei Landesregierungen — Baden-Württemberg-Baden, Baden-Württemberg und Baden — zahlreiche Minister- und politische Zusammenkünfte stattgefunden, welche zu Verhandlungen an die Öffentlichkeit hergeführt wurden. Es scheint mir, als ob nur in Süddeutschen Gedanken und Willensrichtungen sich melden,

Neukriegsereignisse gezeigt, unter denen sich auch einige Exportmodelle befinden.

**Was ist zum Lastenausgleich zu zahlen?**

Die zweite und dritte Lesung über die Soforthilfe zum Lastenausgleich hat Ende der vorigen Woche in der Zeit unserer Umbruchschlüsse. Daher konnten wir unsere Leser nur in großen Zügen über diese Debatte und die Verabredung orientieren. Jetzt ist das Gesetz zwar durch den Bundestag durch, muß aber noch durch die Länderparlamente und durch die Genehmigung der Militärregierungen. Wir nehmen nicht an, daß das Gesetz nun noch eine weitere Änderung erfahren wird. Unsere Leser können sich im wesentlichen nach dem richten, was wir in der Nummer 46 vom 12. November unter der Überschrift „Beschlusstexte zum Lastenausgleich“ geschrieben haben. Größere haben sich nur die Prozentätze der Belastung.

Neukriegsereignisse gezeigt, unter denen sich auch einige Exportmodelle befinden.

**Was ist zum Lastenausgleich zu zahlen?**

Die zweite und dritte Lesung über die Soforthilfe zum Lastenausgleich hat Ende der vorigen Woche in der Zeit unserer Umbruchschlüsse. Daher konnten wir unsere Leser nur in großen Zügen über diese Debatte und die Verabredung orientieren. Jetzt ist das Gesetz zwar durch den Bundestag durch, muß aber noch durch die Länderparlamente und durch die Genehmigung der Militärregierungen. Wir nehmen nicht an, daß das Gesetz nun noch eine weitere Änderung erfahren wird. Unsere Leser können sich im wesentlichen nach dem richten, was wir in der Nummer 46 vom 12. November unter der Überschrift „Beschlusstexte zum Lastenausgleich“ geschrieben haben. Größere haben sich nur die Prozentätze der Belastung.

Neukriegsereignisse gezeigt, unter denen sich auch einige Exportmodelle befinden.

**Was ist zum Lastenausgleich zu zahlen?**

Die zweite und dritte Lesung über die Soforthilfe zum Lastenausgleich hat Ende der vorigen Woche in der Zeit unserer Umbruchschlüsse. Daher konnten wir unsere Leser nur in großen Zügen über diese Debatte und die Verabredung orientieren. Jetzt ist das Gesetz zwar durch den Bundestag durch, muß aber noch durch die Länderparlamente und durch die Genehmigung der Militärregierungen. Wir nehmen nicht an, daß das Gesetz nun noch eine weitere Änderung erfahren wird. Unsere Leser können sich im wesentlichen nach dem richten, was wir in der Nummer 46 vom 12. November unter der Überschrift „Beschlusstexte zum Lastenausgleich“ geschrieben haben. Größere haben sich nur die Prozentätze der Belastung.

### Was ist zum Lastenausgleich zu zahlen?

Die zweite und dritte Lesung über die Soforthilfe zum Lastenausgleich hat Ende der vorigen Woche in der Zeit unserer Umbruchschlüsse. Daher konnten wir unsere Leser nur in großen Zügen über diese Debatte und die Verabredung orientieren. Jetzt ist das Gesetz zwar durch den Bundestag durch, muß aber noch durch die Länderparlamente und durch die Genehmigung der Militärregierungen. Wir nehmen nicht an, daß das Gesetz nun noch eine weitere Änderung erfahren wird. Unsere Leser können sich im wesentlichen nach dem richten, was wir in der Nummer 46 vom 12. November unter der Überschrift „Beschlusstexte zum Lastenausgleich“ geschrieben haben. Größere haben sich nur die Prozentätze der Belastung.

Die zweite und dritte Lesung über die Soforthilfe zum Lastenausgleich hat Ende der vorigen Woche in der Zeit unserer Umbruchschlüsse. Daher konnten wir unsere Leser nur in großen Zügen über diese Debatte und die Verabredung orientieren. Jetzt ist das Gesetz zwar durch den Bundestag durch, muß aber noch durch die Länderparlamente und durch die Genehmigung der Militärregierungen. Wir nehmen nicht an, daß das Gesetz nun noch eine weitere Änderung erfahren wird. Unsere Leser können sich im wesentlichen nach dem richten, was wir in der Nummer 46 vom 12. November unter der Überschrift „Beschlusstexte zum Lastenausgleich“ geschrieben haben. Größere haben sich nur die Prozentätze der Belastung.

Die zweite und dritte Lesung über die Soforthilfe zum Lastenausgleich hat Ende der vorigen Woche in der Zeit unserer Umbruchschlüsse. Daher konnten wir unsere Leser nur in großen Zügen über diese Debatte und die Verabredung orientieren. Jetzt ist das Gesetz zwar durch den Bundestag durch, muß aber noch durch die Länderparlamente und durch die Genehmigung der Militärregierungen. Wir nehmen nicht an, daß das Gesetz nun noch eine weitere Änderung erfahren wird. Unsere Leser können sich im wesentlichen nach dem richten, was wir in der Nummer 46 vom 12. November unter der Überschrift „Beschlusstexte zum Lastenausgleich“ geschrieben haben. Größere haben sich nur die Prozentätze der Belastung.

Die zweite und dritte Lesung über die Soforthilfe zum Lastenausgleich hat Ende der vorigen Woche in der Zeit unserer Umbruchschlüsse. Daher konnten wir unsere Leser nur in großen Zügen über diese Debatte und die Verabredung orientieren. Jetzt ist das Gesetz zwar durch den Bundestag durch, muß aber noch durch die Länderparlamente und durch die Genehmigung der Militärregierungen. Wir nehmen nicht an, daß das Gesetz nun noch eine weitere Änderung erfahren wird. Unsere Leser können sich im wesentlichen nach dem richten, was wir in der Nummer 46 vom 12. November unter der Überschrift „Beschlusstexte zum Lastenausgleich“ geschrieben haben. Größere haben sich nur die Prozentätze der Belastung.

Die zweite und dritte Lesung über die Soforthilfe zum Lastenausgleich hat Ende der vorigen Woche in der Zeit unserer Umbruchschlüsse. Daher konnten wir unsere Leser nur in großen Zügen über diese Debatte und die Verabredung orientieren. Jetzt ist das Gesetz zwar durch den Bundestag durch, muß aber noch durch die Länderparlamente und durch die Genehmigung der Militärregierungen. Wir nehmen nicht an, daß das Gesetz nun noch eine weitere Änderung erfahren wird. Unsere Leser können sich im wesentlichen nach dem richten, was wir in der Nummer 46 vom 12. November unter der Überschrift „Beschlusstexte zum Lastenausgleich“ geschrieben haben. Größere haben sich nur die Prozentätze der Belastung.

### In dieser Nummer:

- Süddeutscher Rhein-Export
- Tauschen von 12 Mäxer
- Die arbeitslosen Angestellten
- Die Landwirte glauben sich vergraben
- Veränderungsprobleme
- Gemeinschaft des ERP
- Metallindustrie DRG
- Englands Vierjahresplan
- Steigende Beschäftigungslücken
- Partner Brief
- Weizenmangel behoben

# Steinkohlenförderung im November gesunken

Nach dem Bericht der deutschen Kohlenbegleitungsstelle wurden im November insgesamt nur 1,71 Mill. t Steinkohle gefördert. Dieser Rückgang der Gesamtförderung erklärt sich dadurch, daß der November ein Arbeitsjahr weniger hatte als der Oktober und daß am 12. November wegen des Generalstreiks in der Doppelzone nicht gearbeitet wurde. Die durchschnittliche Förderung in der Doppelzone im Anfang November lag bei 200.000 t Ende November dagegen bei 180.000 t. In der Einzelzone betrug die Förderung im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

## Erhöhte Eisenkohlengänge der Doppelzone

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

## Der Long-Term-Plan

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

## Verbotene Veranstaltung

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

## Lebensmittelfuhren im November

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

## Währungsreform

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

## Wieder der Ablehnung mit der Begründung

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t. Die Förderung in der Einzelzone betrug im Oktober 41.900 t, im November 41.500 t.

Erzeugnis	Deutschl. / Weltmarkt 1938 (in RM)	Deutschl. / Weltmarkt Oktober 1948 (in DM)
Weizen	20,-	18,-
Futtergerste	15,-	8,-
Malz	18,-	6,-
Schweine	88,-	28,-
Schmalz	181,-	87,-
Butter	280,-	125,-
Margarin	183,-	38,-
Kopra (Phil.)	—	38,-
Erdnüsse (Indien)	—	38,-
Raps	68,-	18,-
Lohnsatz	35,-	8,-41
Kokosöl (Ceylon)	87,-	32,-
Erdöl (Indien)	87,-	30,-
BÜBÖ (China)	—	15,-
Kokoskuchen (Phil.)	18,-	8,-

Ann. 1) Durchschnittspreise der Binnens bei regionalen Abweichungen  
 2) China  
 3) Deutscher Erzeugerpreis  
 4) Indien, Ceylon, Mittel Asien Oktober 1948 nur noch zirka 88.—  
 5) Preis einschließlich Frachtkosten  
 6) Amtlicher deutscher Preis im Rahmen des Preisstimmungsgefüges auf Basis spotlaster Ölpreises für alle Sorten.

# Süddeutscher Photo-Export

Aus den bisher von der JIEA für Württemberg-Baden veröffentlichten Berichten ist klar ersichtlich, daß die Exportabteilung der württemberg-badischen Kamera-Industrie eine immer größere Bedeutung in den gesamten Ausfuhrerträgen erlangt haben. Neben dem Kodak-Werk und der Zeiss-Ikon A.-G. in Stuttgart besteht ein weiteres bedeutendes Unternehmen, das von führenden, aus Jena evakuierten Wissenschaftlern geleitet wird, in Oberkochen sowie die Kleinbild-Kamera-Fabrik Walter Voß in Ulm. Die Zeiss-Optik-Werke in Oberkochen beschäftigen bereits über 200 Arbeiter und stellen Brillengläser und Objektive her. Die Firma erwartet für das kommende Jahr einen bedeutenden Export-Aufschwung, wenn die Produktion ihrer optischen Instrumente wieder auf volles Touren läuft. Kodak und Zeiss-Ikon arbeiten zur Zeit mit etwa 50 bis 60% ihrer Vorkriegskapazität. Trotzdem haben die Exporte bisher schon eine Höhe von über 10 Mill. Mark erreicht.

Kodak exportiert augenblicklich eine volle Dreimonats-Produktion nach den USA. Die Durchführung der Lieferungen mit einem Gesamtwert von 1,5 Mill. DM soll bis Jahresende abgeschlossen sein. In absehbarer Zeit gilt Kodak eine Reihe von Zubehörsätzen für die Retina-Modelle heraus, mit denen diese Kameras als Allwetter-Kleinbildkameras angeschlossen werden können. Die Firma beschäftigt zur Zeit 800 Arbeiter und führt Verhandlungen über umfangreiche Exporte im kommenden

## Ausgeglichen und krisenfest

Es wäre jedenfalls widersinnig, bei den wirtschaftlichen Vorzeichen, die wir in der Vereinigung von Baden und Württemberg sehen müssen, Fortschritte in der Entwicklung der Fragen bündelt zu erkennen.

Ein ehemaliger Sparkassendirektor aus Pforzheim schreibt uns u. a.: Die breite Masse der Bevölkerung von Süd- und Nord-Baden — und zur vom Standpunkt der ganzen badischen Bevölkerung aus soll die Frage hier behandelt werden — hat vor Bekanntwerden des Schwabenscheitels nichts anderes erwartet, als daß Nord- und Süd-Baden sich wieder einmal zu einem Gesamtstaat zusammenschließen wird. Ich möchte auch bezweifeln, ob die Behauptung in der Wirtschaftsrevue Nr. 47, daß der Zusammenschluß von Württemberg und Baden dem Gesamtwillen der Bevölkerung entspricht, wirklich zutrifft.

Wenn sich die Grenzen zwischen den Ländern heute kaum richtig entscheiden, so sind sie werden und ich jetzt später bei Veraltungen und Änderungen mit allen den Möglichkeiten, bei denen es immer noch ein Landesregiment bündelt auswirken kann.

Wenn auch die Alliierten Militärregierungen keine Stellung in der Frage genommen haben, so werden ihre Interessen durch eine Vereinigung stark berührt. Es kann rechtlich erscheinen, ob bei einer solchen Vereinigung die bisherigen Zonenpreisen, welche den neuen Staat mitten durchschneiden würden, so aufrecht erhalten werden können. Es könnte die Frage neuer Zonenpreisen entstehen, oder die Frage einer Gemeinschaftsbestimmung. Beide sind wichtige Schritte, an die wir auch denken müssen, wenn wir uns Deutsche mit dieser Angelegenheit befassen. Wir können kein Interesse an einer Regelung haben, die zu Einbußen zwischen den Militärregierungen führen könnte. Etwas schwieriger wird die Frage noch, wenn man sich das Problem der Pflanz, das für Mannheim und Heidelberg so wichtig ist, mit einbezieht. Es ist wohl nicht Sache von uns, im üblichen Teile Baden dazu besondere Stellung zu nehmen.

Wenn sich die Grenzen zwischen den Ländern heute kaum richtig entscheiden, so sind sie werden und ich jetzt später bei Veraltungen und Änderungen mit allen den Möglichkeiten, bei denen es immer noch ein Landesregiment bündelt auswirken kann.

Wenn auch die Alliierten Militärregierungen keine Stellung in der Frage genommen haben, so werden ihre Interessen durch eine Vereinigung stark berührt. Es kann rechtlich erscheinen, ob bei einer solchen Vereinigung die bisherigen Zonenpreisen, welche den neuen Staat mitten durchschneiden würden, so aufrecht erhalten werden können. Es könnte die Frage neuer Zonenpreisen entstehen, oder die Frage einer Gemeinschaftsbestimmung. Beide sind wichtige Schritte, an die wir auch denken müssen, wenn wir uns Deutsche mit dieser Angelegenheit befassen. Wir können kein Interesse an einer Regelung haben, die zu Einbußen zwischen den Militärregierungen führen könnte. Etwas schwieriger wird die Frage noch, wenn man sich das Problem der Pflanz, das für Mannheim und Heidelberg so wichtig ist, mit einbezieht. Es ist wohl nicht Sache von uns, im üblichen Teile Baden dazu besondere Stellung zu nehmen.

Wenn sich die Grenzen zwischen den Ländern heute kaum richtig entscheiden, so sind sie werden und ich jetzt später bei Veraltungen und Änderungen mit allen den Möglichkeiten, bei denen es immer noch ein Landesregiment bündelt auswirken kann.

Wenn auch die Alliierten Militärregierungen keine Stellung in der Frage genommen haben, so werden ihre Interessen durch eine Vereinigung stark berührt. Es kann rechtlich erscheinen, ob bei einer solchen Vereinigung die bisherigen Zonenpreisen, welche den neuen Staat mitten durchschneiden würden, so aufrecht erhalten werden können. Es könnte die Frage neuer Zonenpreisen entstehen, oder die Frage einer Gemeinschaftsbestimmung. Beide sind wichtige Schritte, an die wir auch denken müssen, wenn wir uns Deutsche mit dieser Angelegenheit befassen. Wir können kein Interesse an einer Regelung haben, die zu Einbußen zwischen den Militärregierungen führen könnte. Etwas schwieriger wird die Frage noch, wenn man sich das Problem der Pflanz, das für Mannheim und Heidelberg so wichtig ist, mit einbezieht. Es ist wohl nicht Sache von uns, im üblichen Teile Baden dazu besondere Stellung zu nehmen.

Wenn sich die Grenzen zwischen den Ländern heute kaum richtig entscheiden, so sind sie werden und ich jetzt später bei Veraltungen und Änderungen mit allen den Möglichkeiten, bei denen es immer noch ein Landesregiment bündelt auswirken kann.

Wenn auch die Alliierten Militärregierungen keine Stellung in der Frage genommen haben, so werden ihre Interessen durch eine Vereinigung stark berührt. Es kann rechtlich erscheinen, ob bei einer solchen Vereinigung die bisherigen Zonenpreisen, welche den neuen Staat mitten durchschneiden würden, so aufrecht erhalten werden können. Es könnte die Frage neuer Zonenpreisen entstehen, oder die Frage einer Gemeinschaftsbestimmung. Beide sind wichtige Schritte, an die wir auch denken müssen, wenn wir uns Deutsche mit dieser Angelegenheit befassen. Wir können kein Interesse an einer Regelung haben, die zu Einbußen zwischen den Militärregierungen führen könnte. Etwas schwieriger wird die Frage noch, wenn man sich das Problem der Pflanz, das für Mannheim und Heidelberg so wichtig ist, mit einbezieht. Es ist wohl nicht Sache von uns, im üblichen Teile Baden dazu besondere Stellung zu nehmen.

Wenn sich die Grenzen zwischen den Ländern heute kaum richtig entscheiden, so sind sie werden und ich jetzt später bei Veraltungen und Änderungen mit allen den Möglichkeiten, bei denen es immer noch ein Landesregiment bündelt auswirken kann.

Wenn auch die Alliierten Militärregierungen keine Stellung in der Frage genommen haben, so werden ihre Interessen durch eine Vereinigung stark berührt. Es kann rechtlich erscheinen, ob bei einer solchen Vereinigung die bisherigen Zonenpreisen, welche den neuen Staat mitten durchschneiden würden, so aufrecht erhalten werden können. Es könnte die Frage neuer Zonenpreisen entstehen, oder die Frage einer Gemeinschaftsbestimmung. Beide sind wichtige Schritte, an die wir auch denken müssen, wenn wir uns Deutsche mit dieser Angelegenheit befassen. Wir können kein Interesse an einer Regelung haben, die zu Einbußen zwischen den Militärregierungen führen könnte. Etwas schwieriger wird die Frage noch, wenn man sich das Problem der Pflanz, das für Mannheim und Heidelberg so wichtig ist, mit einbezieht. Es ist wohl nicht Sache von uns, im üblichen Teile Baden dazu besondere Stellung zu nehmen.

# Tauziehen um zwölf Männer

(Von unserem Korrespondenten im Ruhrrevier)

Es war, Anfang Dez. 1948. Große Konzerne, wie sie jetzt durch das gleichlautende Gesetz Nr. 75 der englischen und amerikanischen Militärregierungen in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie endgültig zerlegt werden sollen, bilden in der ganzen Welt, ob in England, Amerika, Frankreich, Belgien, Luxemburg oder auch in der Sowjetunion, eine allgemein anerkannte Betriebsform von höchster Leistungsfähigkeit. Hatte schon der Befehl zur Ausgliederung aus den Konzernen im Jahre 1945 bei allen Deutschen, die sich nach dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch ein Stückchen Anteil an einem klaren Bild bewahrt hatten, größte Beifügung hervorgerufen, so verurteilten ihnen die nun geforderte Liquidierung der nach der Ausgliederung verbliebenen Muttergesellschaften einen Schock. Sie verstießen nicht nur gegen das Gebot der Achtung vor den geschichtlich Gewordenen sondern sie wühlten Namen von hohem Klang in der gesamten Weltwirtschaft auszuwählen und greift damit die Grundlagen unserer Wettbewerbsfähigkeit an. Nicht unkenntlich läßt man bei der geplanten englischen Stahlindustrie die altbekannten Namen bestehen, weil man weiß, daß sie und die Warmwalzen ihrer Firmen wichtigste Bestandteile im internationalen Wettbewerb bilden.

### Eine zwieseltige Aufgabe

Noch wenige Tage vor Veröffentlichung des Gesetzes Nr. 75 hatte Direktor Dinkelbach, der Leiter der Treuhandsverwaltung im Auftrage der North German Iron and Steel Control\* in einer Pressebesprechung bellüftig zum Ausdruck gebracht, daß die alten Konzerne, aus denen inzwischen 23 Gesellschaften ausgliedert wurden, sind, sehr wohl zur Wiedergeburt der neuen Zusammenschlüsse in der Eisen- und Stahlindustrie dienen könnten. Er ist das mit ein Beweis dafür, wie wenig man in Frankreich mit der endgültigen Zerlegung und Liquidierung gerechnet hat.

Man war vielmehr der Ansicht, daß von den Muttergesellschaften bei der Wiedergeburt erfordern müsse. Nach dem Gesetz Nr. 75 soll der zu schaffende Stahl-treuhandsverband, dem zwölf Mitglieder angehören werden, die Aufgabe haben, die Liquidierung der alten Konzerne durchzuführen und Vorschläge für die Schaffung neuer zusammengefaßter Einheiten der englisch-amerikanischen Kontrolle, die inzwischen durch Herannahme der Franzosen auf eine Dreimächte-Basis gestellt werden soll, im einzelnen unterbreiten. So trivial und bedeutsam es auch sein mag, an der Neugruppierung mitzuarbeiten, so unerschütterlich und unbedenklich ist es, die Hand dazu herauszugeben, alle organisch gewachsenen und angepassten wirtschaftlichen Gebilde zu zerlegen und sie als Mittel unseres Wettbewerbs auf den Auslandsmärkten auszuhaften. Die Männer, die sich nach dem Zusammenbruch in den Dienst unseres politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus gestellt haben, sind leider immer geringeren Massen, Aufgaben zu übernehmen und Maßnahmen durchzuführen, die sie als unedelmütig oder gar als den deutschen Belangen abträglich erkennen mußten und sie in schweren Gewissenskonflikte gebracht haben, und denen sie sich nicht entschließen wollten, um die wichtigsten Möglichkeiten eines neuen Anfangs nicht unangenehm zu lassen. Nicht anders verhält es sich nun mit den zwölf Männern für den Stahl-treuhandsverband. Auch hier haben sich sehr schnell die Gesichtspunkte zur Wahrnehmung einer Chance zur Mitarbeit beim Wiederaufbau unter Hinweis auf die politische Liquidierungsarbeit in den Vordergrund gehoben. Hinzu kam, daß von mehreren in verschiedenen Weisen interessierten Kreisen zwingende Gründe vorgebracht wurden, die da waren die Gewerkschaften, die unter den Umständen ein Wort mitzureden wollten, da war der Interessenkreis der englischen Werke, da waren die Muttergesellschaften, und da waren die Reg-

ierungsgremien. Die Verhandlungen zur Zusammenfassung des zwölf-Männer-Gremiums sind unmittelbar in Angriff genommen worden, und wenn sie auch verhältnismäßig schnell und reibungslos verlaufen gingen, so handelt es sich doch um eine Art Tauziehen, nicht nur, was die Anzahl der zu beteiligenden Interessenten angeht, sondern auch hinsichtlich der einzelnen Persönlichkeiten. Bei den Gewerkschaften war die Frage verhältnismäßig leicht zu lösen, nach dem festgelegt worden war, daß sie vier Vertreter erhalten sollten, da sich vier Beiräte nur verhältnismäßig wenig Köpfe befinden, die den speziellen Anforderungen für die bevorstehende Arbeit gewachsen sind. Wir wollen davon absehen, ihre Namen zu nennen und auch die Namen der anderen Mitglieder bekannt zu geben, da der Vorschlag noch der Genehmigung der Dreimächte-Kontrolle unterliegt.

### Die URUSFr Iron and Steel Control

Als die englische Kontrolle für den Kohlenbergbau zu einer englisch-amerikanischen Kontrolle erweitert wurde, hat es verhältnismäßig lange Zeit gedauert, bis man die amerikanischen Abteilungsleiter und den amerikanischen Kontrollleiter gefunden hatte, die bereit waren, eine gute Position in den Vereinigten Staaten mit einer Tätigkeit und dem Aufenthalt in dem von Bomben zerstörten Westdeutschland zu vertauschen. Auch jetzt dürfen sich in diesem Hinsicht bei der Bildung des Stahl-treuhandsverbandes gewisse Schwierigkeiten ergeben, während sich auf französischer Seite begrifflicher Weise eher eine Bereitschaft zeigen dürfte. Vom deutschen Standpunkt aus ist es im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Eisen- und Stahlindustrie endlich einmal aus dem Zustand der Unsicherheit herauszuführen und ihr die Wege einer geordneten Entwicklung zu ebnen, dringend erforderlich, die Bildung der Dreimächte-Kontrolle zu beschleunigen; denn sie ist die Voraussetzung für den Arbeitsbeginn der zwölf Männer.

### Alter und neuer Treuhandsverband

Wenn wir das Gesetz Nr. 75, das, wie bereits berichtet, noch mangelnde Unklarheiten aufweist, richtig verstehen, so wird die alte Treuhandsverwaltung zum mehr die Abwicklung ihrer Arbeiten vornehmen und ebenso ein Ende finden, wie die alten Konzerne. Die zukünftige Arbeit Dinkelbachs ist aber durch die neuen Treuhandsverband geteilt worden, da er von der Eisen- und Stahlindustrie als Mitglied des zwölf-Männer-Kollektivs vorgeschlagen wurde und sicherlich von den Besatzungsmächten angenommen wird. Das Amt für Stahl und Eisen dürfte durch den stellvertretenden Leiter in dem Gremium vertreten sein. Im Zuge des Bodenabbaus wird es seine Arbeiten mehr oder weniger auf die Selbstverwaltung der Wirtschaft wieder übertragen müssen, die übrigens neuerdings die Kosten für diesen Verwaltungsapparat tragen muß. Was den Stahl-treuhandsverband betrifft, so möchte man hoffen, daß sich in ihm Männer zusammenschließen, die über die besonderen Interessen hinaus, die sie zu vertreten haben, das Wohl der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und der

in ihr schaffenden Menschen im Auge halten.

### Der „Roman der zwölf“

Vor mehr als einem Vierteljahrhundert ist ein Roman erschienen, der damals viel Beachtung gefunden hat, der „Roman der zwölf“. Er stellt das gemeinsame Werk von zwölf der bekanntesten deutschen Schriftsteller dar und er war, ohne eine gemeinsame Konzeption, so verfaßt worden, daß die einzelnen Schriftsteller nacheinander je ein Fortsetzungskapitel schrieben. Der Roman verläuft in jedem Kapitel die besondere künstlerische Richtung und die persönliche Note der Stiles der jeweiligen Verfassers. So war der Roman eine Einheit, ohne einheitlich zu sein, ein künstlerisches Ereignis, ohne Kunst zu sein, er war, was man nicht anders erwarten durfte, ein Experiment. Möchte die Arbeit der zwölf Männer im Stahl-treuhandsverband über ein Experiment hinaus zu einer wirtschaftsverbundenen und organischen Neugruppierung in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie führen!

Als Mitglieder des künftigen Stahl-treuhandsverbandes sollen je ein Vertreter der Vereinigten Stahlwerke, der Klockner-Werke und der Hocht AG als Beauftragten der alten Konzerne nominiert werden. Ferner sollen dem Treuhandsverband der Leiter der bisherigen Treuhandsverwaltung und ein weiterer Angehöriger der Treuhandsverwaltung, dieser gleichzeitig als Vertreter der Gewerkschaften angehören. Die Gewerkschaften werden außerdem voraussichtlich mit weiteren zwei bis drei Repräsentanten vertreten sein. Auch sollen der Vorsitzende der Vereinigung Eisen- und Stahlindustrie, der Leiter der Produktionsabteilung des Amtes für Eisen und Stahl und ein Vertreter der Eisenverarbeiter dem Stahl-treuhandsverband angehören. Auch die Kleinaktionäre beizulassen sich um die Entsendung eines Vertreters.

Bei dieser Zusammensetzung wäre allerdings kein Platz für einen Vertreter des Wirtschaftsministeriums von Nordrhein-Westfalen, der ursprünglich vorgesehen war, da das Treuhandsvermögen nur zwölf Mitglieder umfassen soll.

In beteiligten Kreisen glaubt man damit rechnen zu müssen, daß die Stahl-treuhänder nicht vor Januar tatsächlich ernannt werden, weil die hierfür zuständigen Stahl-treuhändergruppe, die Besatzungsmächte noch nicht vollständig konstituiert ist. Die amerikanischen

und französischen Vertreter sind bisher noch nicht bekanntgegeben worden.

### Kohlenexport

Es war, im ersten neun Monaten 1948 wurden rund 11,2 Mill. t Kohle aus Westdeutschland ausgeführt. Wertmäßig erreichte die Ausfuhr eine Höhe von 11,2 Mill. Dollar. Im Jahresdurchschnitt 1939/40 betrug die Ausfuhr für das gesamte frühere Reichsgebiet 12,8 Mill. Dollar.

Warschau. Die Ausfuhr von Kohle aus Polen und den polnisch besetzten deutschen Gebieten soll nach dem polnischen Kohlenplan im nächsten Jahr auf über 20 Mill. t gesteigert werden. Die Kohlausfuhr soll sich auf 14 Mill. t belaufen. Für den Inlandverkauf sind etwa 40 Mill. t Kohle vorgesehen.

### Europäische Kohlenförderung gestiegen

Europäische Kohlenförderung ist auch im Oktober weiter gestiegen. Die Kohlenförderung Westdeutschlands stieg im Oktober gegenüber September um 200.000 t und erreichte damit 85% der Vorkriegsförderung. Auch im November ist eine weitere Steigerung zu erwarten. Allein in der letzten Novemberwoche betrug die Tagesförderung 224,8 t gegenüber 221,1 t in der vorletzten Novemberwoche.

Die Kohlenförderung Polens und der polnisch besetzten deutschen Gebiete erhöhte sich gegenüber September um 200.000 t auf 114% des Vorkriegsniveaus.

Die britische Kohlenförderung betrug im Oktober nur 779.000 t auf dem Vorkriegsniveau, während die französische Kohlenförderung infolge der Streiks einen starken Rückgang aufzuweisen hat.

Die belgische Kohlenförderung ist im Oktober gegenüber dem Vormonat um 6% die niederländische um 2% und die ungarische um 27% gestiegen. Nur die Kohlenförderung der Türkei ist von 148 auf 112% und die Italiens von 81 auf 50% abgesunken. Eine weitere wesentliche Steigerung der europäischen Kohlenförderung wird für die nächste Zeit nicht erwartet.

Das europäische Kohlendefizit für das erste Vierteljahr 1948 wird auf 4,7 Mill. t geschätzt und würde damit um 5 Mill. t niedriger liegen als das Defizit der letzten drei Monate 1947.

### Defizit der britischen Kohlengruben

London. Die verstaatlichten englischen Kohlengruben wiesen im ersten Halbjahr 1948 einen Produktionsüberschuss von 1.503.000 t auf, schienen aber im dritten Vierteljahr mit einem Fehlbetrag von 372.841 t im Jahre 1947 wurde ein Fehlbetrag von 22.355.586 t ausgewiesen.

### Wirtschaftliche Entwicklung der franz. Zone

Ein Bericht der Wirtschaftsabteilung der französischen Militärregierung enthält die nachstehende Tabelle, aus der sich die

RUHR-KOHLNFÖRDERUNG	
(abschließliche Ausdauer und höchstmöglicher Reiver)	
Tagesdurchschnitt in 1000 t	
1947	1948
1. Halbjahr 1947	244,1
2. Halbjahr 1947	245,3
1. Vierteljahr 1948	258,1
2. Vierteljahr 1948	261,7
3. Vierteljahr 1948	266,4
1. Dezemberwoche	238,8
8. Dezember	230,9

wirtschaftliche Entwicklung in der französischen Zone von April bis September 1948 ergibt.

### Auf Grund einer Umfrage der Industrie

Wirtschaftszweig	April	Monatlich	240/100
1. Gebäudefertigung	102,8	100,0	102,8
2. Metallindustrie	102,8	100,0	102,8
3. Textilindustrie	102,8	100,0	102,8
4. Holzindustrie	102,8	100,0	102,8
5. Lebensmittelindustrie	102,8	100,0	102,8
6. Maschinenbau	102,8	100,0	102,8
7. Bergbau	102,8	100,0	102,8
8. Chemische Industrie	102,8	100,0	102,8
9. Eisen- und Stahlindustrie	102,8	100,0	102,8
10. Sonstige	102,8	100,0	102,8
11. Durchschnitt	102,8	100,0	102,8
12. September 1947 = 100	1. Januar 1948 = 100		

Baden-Baden. Die Handelskammer der französischen Zone verzichtet für die ersten sechs Monate 1948 an schon verbuchten Geschäft für die Einfuhr 100.011.070 Dollar und für die Ausfuhr 23.425.500 Dollar.

### Clay: Keine zweite Währungsreform

Vizepräsident der Bank Deutscher Länder begrüßt lebhaft die Äußerung General Clay, wonach an keine zweite Währungsreform gedacht wird und auch keine Veranlassung zu einer solchen Maßnahme besteht. Diese Feststellung, so hofft die Bank Deutscher Länder, wird dazu beitragen, die Währungsreform Westdeutschlands endlich durchzusetzen, daß alle Gerüchte über eine zweite Währungsreform, die bisher nicht verkommen wollen, jeder Grundlage entbehren.

## Versicherungs-Probleme

Prof. Dr. Hebesell hielt am Donnerstag, den 9. Dez., nachmittags, in Karlsruhe einen Vortrag über die „Krisen der Währungsreform auf die Versicherungs-, Sachschäden- und Erbschaftsversicherungen“.

Der Vortragende beschäftigte sich zunächst mit der Frage, ob sich die Versicherung nicht von Währungsverlusten völlig trennen lassen. Er kam zu dem Schluß, daß dies bei den sogenannten Risikoversicherungen möglich ist, nicht aber bei allen Versicherungen, bei denen ein Sparkapital angesammelt wird oder sonst langfristige Bindungen eingegangen werden. Hier gilt das sogenannte Prinzip der konjugierten Deckung, das darin besteht, daß Prämien, Reserven und Schadenszahlungen auf gleicher Währungs- oder Kaufkraftbasis erfolgen müssen. Er beschäftigte sich dann mit der Frage, inwieweit es möglich ist, das sogenannte Kapitalversicherung durch ein Umwandlungsverfahren zu ersetzen. Sodann wurde untersucht, welche Härten die nach der Währungsreform eingetretene Regelung für die

Versicherungnehmer hat, und wie sie beseitigt oder gemildert werden könnten. Im Anschluß an zahlreiche Darlegungen über die Wirkung der Risikoversicherung wurde die Unmöglichkeit dargelegt, daß auf die Dauer durch die Gesetze 47 und 53 Deutschland nur Autarkie auf dem Gebiete der Versicherungswesen verurteilt sei.

Zum Schluß wurden über die heutige Entwicklung der Versicherung, soweit die überhaupt möglich ist, einige Zahlenangaben gemacht, aus denen folgendes hervorgeht: 1949 (Deutsches Reich) Prämienumsatz der gesamten Versicherung 2,5 Mrd. RM (1944 = 1,7 Mrd., 1948 = 1,7 Mrd.), davon Leben 1,5 (1944 = 1,1 Mrd. RM), Brandsumme 1,0 Mrd. (1944 = 0,6 Mrd. RM), davon Deckungskapital in der Lebensversicherung 7,5 Mrd. RM.

Es ist sehr schwierig, auf Grund der vorliegenden Zahlen eine Angabe zu machen, wie hoch die Ausgleichsleistungen, die die Versicherungsunternehmen auf Grund von § 24 des Umstellungsgesetzes von den Ländern zu erwarten haben, sein würden.

## Am Ausguck: „Totengeläute jeder Hoffnung“

Die Wahlen in den Westdeutschen Gebieten, deren Ergebnis als ein Beleg für die Bestehen der Berliner zur Demokratie westlicher Prägung gewertet wird und als große moralische Niederlage der Sowjetunion, haben die SPD, wie nicht anders erwarten, einen großen Erfolg gebracht. Und schon meldet sich, um die Ereignisse zu demonstrieren, ein Politiker der demokratischen Front gegen den Feind aus dem Osten, mit dem Botschaft, die starke Position der SPD in Berlin sei bedrohlich. Sie können, immerhin aber bemerkenswerte Unfähigkeit der Deutschen, Politik zu treiben, bestreiten. Sie verwechseln Politik mit Konkurrenz, solange sie nicht von außen gezwungen werden, sinkt sie ein.

Berlin hat sich also zum Westen bekannt, obwohl, oder besser trotzdem, die Wahlen an sich selbst als „glatte Wahlen“ bezeichnet werden können. Denn diejenigen, die zur Wahlurne gingen, haben gegen die SED, also gegen die sowjetische Besatzungsmacht gestimmt und sind in den Wahlen „abgehakt“. Als welches Ergebnis dieser Wahlen, ein negatives, ist die nunmehr vollkommene Zuspaltung der Stadt zu verzeichnen. Die Westdeutschen sind nun von der Ostseite und den Ostdeutschen vollkommen getrennt und bilden eine Insel im Osten. Die Umfassung dieser Insel muß aber nicht zu einem Stillstand werden. General Clay erklärte in diesem Zusammenhang, die Bildung des Ost-West-Gebiets hat die Lösung der Berliner Frage erleichtert, aber nicht unmöglich gemacht. Er wäre rühmlich, wenn der Schritt der Sowjetverwaltung als Hindernis für eine Verständigung zu bezeichnen. „Aber, wie man sieht, ist die Türe noch nicht vollständig abgeschlossen. Sie bleibt weiter offen, wenn auch die letzten Ereignisse eine Einigung immer unwahrscheinlicher werden lassen. Die Erklärung, die die Westmächte den Mitgliedern des Sicherheitsrates übermitteln und worin die übergebenen Aktionen der Russen in Berlin geschildert werden, hat man in politischen Kreisen London als „Totengeläute

jeder Hoffnung“ bezeichnet, daß der Rat eine Lösung nach den vorgeschlagenen Richtlinien der Bremergüter finden könne. In diesen Kreisen behält man sich auch mit der russischen Propaganda, die das Gerücht verbreitet, die westlichen Alliierten würden Berlin in Kürze verlassen. Verschiedene ausländische Diplomaten in London halten in diesem Zusammenhang die Meinung geäußert, daß die Position der Alliierten in Berlin nicht allzu lange gehalten werden könne. Außerdem weist man darauf hin, daß die Unklarheiten der Luftfranke die Aufrechterhaltung nicht weiterhin möglich ist, wobei man einige tausend Berliner, die sich politisch für die Westmächte eingestellt haben, evakuieren könnte. Daß jedoch alle, die sich Währungs schreiben, sich politisch mehr oder minder spontan für die Westmächte kompromittieren, scheint nicht ganz richtig zu sein. An sich keine hoffnungsvolle Bilanz, die man in London aus diesen Wahlen zu ziehen gewagt ist. Dagegen stellen allerdings die offiziellen Erklärungen, vor allem die amerikanischen, daß man gar nicht daran denke, Berlin zu räumen. Es ist also damit zu rechnen, daß in Kürze die kalte Kriegsführung mit höherer Schärfe geführt werden wird und daß die Westalliierten, allen voran die Amerikaner, sich überaus sehr stark in die psychologische Kriegsführung einschalten dürften. Bisher haben sie, immer bedacht die Türe weit offen zu halten, geduldet, nicht selbst, weil sie hoffen, daß mit der Entwicklung in China, wo der Kommunismus der Riss kaum mehr streng gemacht werden dürfte, Rußland isoliert würde, so daß der Druck auf Europa allmählich eine kleine Lockerung erfahren könnte.

### Orient der Kriegsschauplatz im Fernen Osten

Im Fernen Osten will von Europa entfernt 1948, so darf man seine Bedeutung nicht unterschätzen; irgendwo liegt er den Amerikanern nahe, wobei die dortige weitere Entwicklung starken Einfluß auf die künftigen Beziehungen der USA zur

Sowjetunion gewinnen dürfte. Fern Tschinghaibach, die bisher sie mit ihren Händen aus Washington nach Hause kam, wird diesmal kaum Erfolg haben. Man kann in Washington aber hoffen, daß auch reserviert sein. Mit Geld ist China nicht mehr zu helfen. Und die UNIA-Wirtschaft stellt sich bereits um. Man will im Gesamt-Mittel, so erkläre eine große Schiffsfahrergesellschaft, „wenn die Kommunisten ihren eigenen Interessen zu wagen versuchen, werden sie den Handel mit den USA und Europa aufzuheben“.

„Das Problem einer Ordnung“ ist aber wieder Berlin, noch China, sondern im Ausguck die Wahlen Berlin. Ein „Prüfung“ für den Willen zur Freiheit und was man auf die Gefahren hin, daß der sowjetische kontrollierte Berliner Stadt, so sagt der „provisorische Regierung“ der Sowjetunion, erklärt werden könnte, so ist heute keine Rede mehr davon. Man hat eine viel größere Gefahr entdeckt, die deutsche Gefahr mit großem Bedauern muß man feststellen, daß sich diese Annäherung nunmehr in bedauerlicher Weise vertieft. Sie findet vor allem ihren Niederschlag nicht nur in den Redaktionen, sondern nun auch in britischen und in den USA-Beziehungen. Nicht zuletzt haben die Amerikaner durch ihre alten politischen Erklärungen über die Zukunft Westdeutschlands, — man braucht in diesem Zusammenhang nur an die Erklärung zu erinnern, die DM werden in Kürze eine harte Währung werden — ein Mißtrauen hervorgerufen, das sie durch ein entsprechendes Einlenken heute zu beseitigen trachten müssen. Diese Tendenz ist in den letzten Tagen zu beobachten. Eine engere Zusammenarbeit der Westalliierten von Amerika an, läßt sich, auch zum Nutzen Deutschlands, vermeiden können.

In einem jüngeren Aufsatz von Anthony Eden, der unter dem Titel „Die Sicherung des Friedens und die Ruhrprobleme“ in der NEZ veröffentlicht wurde, stellt der ehemalige Außenminister fest, daß der größte Teil der Menschheit sich nach Frieden sehnt, dass Schmutz auf hat. Der Frieden erfordere aber ein bestimmtes Maß von Verständigung mit Sowjetland, neben der alle anderen Probleme sekundär seien.

Ein Umkehr in der Stimmung zu einem neuen Krieg sei nur möglich, wenn ein weiterer Ausbruch eine gewalttätige Politik laudieren. Eine solche Änderung könne dann erstrebbar sein, wenn die freien Nationen genügend Einigkeit und Stärke aufbringen um Rußland davon zu überzeugen, daß sie in einem eigenen Interesse liegt. Auf den freien Nationen, das Wesens, schreibe Eden weiter, lege die Verantwortung, die notwendige Führung auszuüben. Wenn sie dieser Aufgabe gerecht werden wollen, so müssen sie gegenseitig ihren Beziehungen Bedeutung tragen. Fundamentale Meinungsverschiedenheiten können man nicht wie Risse mit Papier überdecken. Die französischen Bestimmungen hinsichtlich der Ruhrgebiete seien nicht unangenehm. Sie haben eine gewisse „Legitimität“, schreibt Eden weiter. Wenn das neue Einverständnis des Westens zu wirklichem Leben gelangen soll, dann müssen die Pläne dafür die Überzeugung zum Ausdruck bringen, welche Völker erhalten. Das Ziel ist vollkommen klar. Deutschland muß die Fähigkeit erhalten, seinen vollen Part im wirtschaftlichen Leben Westeuropas zu spielen, aber so weit jede gangbare Vorkehrungsmöglichkeit gegen eine Wiedereinstellung einer deutschen Militärmacht getroffen werden. Deutschland muß die Möglichkeit haben, sich seinen eigenen Lebensunterhalt zu erwerben, aber so darf nicht wieder in die Lage versetzt werden, einen Willen der Hilfe auszusprechen. Das Kriegspotential der Ruhrgebiete ist heute verhältnismäßig größer als diejenigen, welche den Zustand der Zerstörung überleben haben, vor drei Jahren für möglich gehalten hätte.“

Die gegenwärtige Tagung der UN wird in den nächsten Tagen beendet. Am 1. April soll sie in New York wieder fortgesetzt werden. Das Sozialistische hat eine Deklaration über die Menschenrechte mit 29 zu 6 Stimmen bei 7 Stimmenthalten zugestimmt. Das Dokument enthält eine Präambel und 29 Artikel, in welchen „jedermann“ das Recht der Rede und Religionsfreiheit und Meinungsäußerung zugebilligt wird, und fernere das Recht Eigentum zu besitzen. Man registriert, daß es die katalanisierenden Rhetorik waren, die sich der Stimme enthalten haben. Es scheint somit nicht geklärt, was man unter „jedermann“ verstanden haben will.

## Die Landwirte glauben sich vergessen

Sie betrachte die Lage und die Entwicklung unserer Wirtschaft, die Rolle der Industrie, des Handels und der städtischen Verbraucherschaft und zu wenig auch vom Standpunkt der Landwirte. Dieser Vorwurf wird der deutschen Publizistik häufig gemacht, und nun hat er in einer Zeitschrift auch seine getroffen. Nicht ganz zu Recht — meinen wir. Wir sind bestrebt, zu einer objektiven richtigen Beurteilung und Darstellung der Gesamtsituation zu gelangen und haben der Landwirtschaft mehr als

einmal bewiesen, daß wir auch ihre berechtigten Interessen zu vertreten verstehen und bemüht sind, ihnen Gehör zu verschaffen. Das soll nun auch angesichts der Zukunft geschehen, die den Anlaß zu dieser grundsätzlichen Feststellung gegeben hat.

Es wird in dieser Zeitschrift auf eigenartige Vorgänge in der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hingewiesen. Lassen wir den Verfasser, einen Landwirt im Rheinland, selber sprechen. „In den Monaten Juli, August und September“ schreibt er — „als die Aufhebung der Kartoffelverpflichtung, schließung bekanntgegeben wurde, kümmerte sich keine amtliche Stelle um die Lenkung des Absatzes, und der Handel war nach den langen Jahren wieder Vertiefbarkeit noch nicht ganz seiner Aufgabe wieder gewachsen. Die Folge davon: Unordnung, teilweise Kartoffelknappheit — und heute — teilweise bereits Verknappung. Nachdem nun alles vorbei ist, wittert die Behörde plötzlich eine neue Geldquelle für ihre Bürokratie. Soeben haben die Landwirtschafts- und Ernährungsminister, Abteilung Landwirtschaft, eine Aufforderung erhalten, wonach jeder Erzeuger sofort die von ihm verkaufte Kartoffeln kartieren muß. Er erhält dafür eine Abfederungsbescheinigung und darf für diese große Güte 10 D-Pfennig je Zentner abgeben zur Unterstützung der richtigen Bürokratie. Man vergewissere sich den Ertrag der Kartoffelernte in der Doppelzone, um zusammen zu können, welche Millionenbeträge auf diese Weise zusammenkommen. Und wofür? Was nützt da die künstliche Preisermäßigung, die von Ernährungsausschuß in Frankfurt als notwendig erkannt wurde, wenn durch diese und viele ähnliche Maßnahmen Millionenbeträge gar nicht der Landwirtschaft selbst zugute kommen, sondern doch wieder den Behörden.“

Ohne Zweifel ein in mehrfacher Hinsicht eigenartiges Verfahren, das hier einer berechtigten Kritik unterzogen wurde. Die Kartoffelverpflichtung wurde doch aufgehoben, weil ausreichende Vorräte zur Deckung des allgemeinen Bedarfs vorhanden waren. Daß der einzelne Verbraucher sich nicht im Übermaß eindeckt, dafür sorgen, außer der Unmöglichkeit, als die sich das Handeln von Kartoffeln erwiesen müßte, auch, daß nach aufgehobener Restriktion der Kartoffeln gerade für die breite Verbraucherschicht eine andere strenge Rationierung bestehen bliebe, die des Geldes. Was soll man aber mit der nachträglichen Aufhebung von Abfederungsbescheinigungen anderes beabsichtigt sein, als eine Kontrolle der Abfederung, in der Abfederung, wieder zu rationieren, die Aufhebung der Bewirtschaftung getreu rückgängig zu machen? Die Rationierung einer

Breite von 10 D-Pfennigen je Zentner abgelieferter Kartoffeln über ändert sich die Frage auf, ob eine Beschneidung der Abfederung von 10 Zentnern etwa mehr Aufwand an Papier und Arbeit verursacht, als diese solche über 20 oder 40 Zentnern? Ist es nicht doch hier wieder die Bestehen, den Bürokratismus nicht ohne Substitutionsmittel — also absterben — zu lassen.

Noch schwerer wiegend ist eine andere Beschwerde der uns vorliegenden Zeitschrift. Auch hier wollen wir den Verfasser selber zu Wort kommen lassen: „Wie Sie wissen“ — heißt es in seiner Darstellung — „muß jeder Landwirt ein gewisses Maß an Fleisch erfüllen, das sehr hoch ist. Wie hier, in den restlichen Grenzgebieten, haben fast unseren ganzen Viehbestand verloren. Ein natürlicher Nachwuchs ist noch nicht da. Wir bekommen jetzt eine Kuh abgeben und bekommen dafür 300 DM. Um den Bestand zu erhalten, kaufen wir eine neue, die kostet aber 1300 DM. Das ergibt einen glatten Verlust von 1000 DM. Die Viehhaltung wird aber dauernd mit unanschuldiger Strenge erzwungen. Wie soll da ein Betrieb restlos sein? Und nun der weitere Unlust: Laut neuester Verfügung wird das Vieh-Abgabe-Soll durch jeden Neukauf um 10 Zentner erhöht. Ich kann das Soll also nur erfüllen, wenn ich keinen Ertrag habe. Wie aber soll ein Betrieb, der, wie fast alle hier in den Grenzgebieten, seinen Viehbestand verlor und daher immer noch kaum Nachwuchs hat, unter solchen Umständen bestehen bleiben oder gar aufbauen können?“

Auch diese Ausführungen sprechen für sich. Es fällt schwer, an ihre Richtigkeit zu glauben und sollte — so meinen wir — genügen, die Aufmerksamkeit der zuständigen Stelle auf sie gelenkt zu haben, um gewiß zu sein, daß Abhilfe geschaffen wird. Wenn von dem Landwirt genau Einhaltung der Abfederungsverpflichtung erwartet wird und man hierzu, wie die Dinge liegen, berechtigt zu sein glaubt, so soll ungeachtet auch der Landwirt mit einer Gegenleistung rechnen können, die ihm einen entsprechenden Ausgleich bietet und die Rentabilität seiner Wirtschaft nicht in Frage stellt. Daß die Industrie nicht bestehen bleiben kann, wenn ihre Abgaben an den Fiskus keine Kapitalbildung mehr gestatten, ist eine Feststellung, deren Richtigkeit sich kaum noch jemand verschließen. Das Kapital des Landwirts, ohne das er sich ebenso wenig behaupten kann, wie eine des Kapitals ermangelnde Industrie, bildet sich in seiner Viehwirtschaft. Wir können einer gesunden und entwicklungsfähigen Landwirtschaft ebensoviel entnehmen, wie einer leistungsunfähigen Industrie. Darum Verständnis und Förderung auch für sie!

# Wir greifen auf:

## Ein erfreuliches Urteil

Mehrfach in den letzten Monaten hat die Wirtschaftsrevue im Zuge der von ihr vertretenen Tendenz, Freiheit und Würde des Menschen in der Wirtschaft als Ziel zu betrachten, dagegen protestiert, daß die Auslieferung der Lebensmittelkarte an irgendwelche Bedingungen geknüpft wird. Wir vertreten den Standpunkt, daß der Anspruch auf die Lebensmittelkarte unabhängig ist, insbesondere verwahrt wir uns dagegen, daß im Zuge der Maßnahme die Ausgabe der Lebensmittelkarte von einem Stempel des Arbeitnehmers abhängig gemacht werde.

Jetzt hat endlich diese unser Standpunkt eine Rechtsgrundlage gefunden. Er ist eine Klage vor dem Reichsgericht eingereicht worden, und dieses hat heute Gericht hat seinen Zweifel darüber gelassen, daß die Anordnung vom 3. 8. 1948 über den Arbeitsnachweis gegen die Reichliche Verfassung verstößt und daß die Entzug der Lebensmittelkarte der nach dieser Anordnung bei Verweigerung der Arbeit möglich ist, einen elementaren Verstoß gegen die Menschenrechte darstellt.

Wir begrüßen diese Entscheidung der Badischen Staatsgerichtshof und hoffen, daß die Verwaltungspraxis bald die Konsequenzen zieht. Er wird keinen anständigen Menschen geben, der diese Urteil des Staatsgerichtshofes nicht billigt. Wir sind wieder einem erheblichen Schritt weitergekommen auf dem Wege zur Freiheit und Menschwürde.

## Verkaufte Wirtschaft

Die pharmazeutische Industrie der Doppelzone meldet Liquiditätschwierigkeiten. Nach den jüngsten Kreditbeschränkungen der Bank Deutscher Länder ist diese Industrie nicht verdrängbar. Andere Industriezweige haben dieselben Sorgen. Doch ist der Geldmarkt in der pharmazeutischen Industrie nicht allein auf die ausbleibenden Kredite zurückzuführen. Eine Blockierung des Marktes hindert die Produktion daran, sich durch Verkäufe Geldmittel zu beschaffen. Der Absatz neuer Produkte ist im Vergleich zum Vorjahr um 50%, bei einzelnen Unternehmungen sogar um 90% zurückgegangen. In Niedersachsen mühen z. B. bereits von 163 pharmazeutischen Unternehmen 85 ihre Produktion etwas einzusparen, obwohl die Krankenkassen etwa 100% mehr Medikamente anzufragen als in der Vergleichszeit des Vorjahres.

Diese Absatzkrise, die sehr wesentlich zu den Liquiditätschwierigkeiten beiträgt, ist eine Folge der sehr großen Lagerbestände des Großhandels und der Apotheken zur der Zeit vor der Währungsreform. Der Markt wird von dieser Seite mit Helminthen förmlich überhäuft, so daß die Versorgung aus den Beständen des Groß- und Einzelhandels allein, zum Teil auch mit wichtigen Heilmitteln, für mehrere Jahre sichergestellt ist. Die Produzenten geben dagegen an, daß ihnen eine Lagerhaltung vor der Währungsreform nicht möglich war. Erst im Sommer wurden sie von der Militärregierung und Gesundheitsverwaltung zur Eingliederung aufgefordert, um die den Winter über in der Halbinde-Verordnung zu vermeiden. Diese Vorkehrungen mußten mit Krediten finanziert werden, die man nun nicht abzahlen kann. Außerdem tritt durch den Lastenausgleich eine weitere Anspannung ein. Grotesk ist dabei, daß man hier Abgaben von einem Vorvermögen leisten muß, das, wie oben erwähnt, zum Teil erst auf Anordnung der Militärregierung oder Gesundheitsverwaltung angelegt wurde. Vielen Unternehmen wird es unmöglich sein, diesen Verpflichtungen nachzukommen. Weitere Konkurse sind die unausweichliche Folge.

Wir haben hier ein klassisches Beispiel, wie Lastenausgleich und Kreditbeschränkung eine stillernde Wirkung mit tödlicher Folge ausüben. Der unkluge von Finanzkreisen anlässlich der Kreditbeschränkungen formulierte Gedanke, daß man bald vor der Alternative einer stabilen Währung oder einer stabilen Beschäftigungslage stehen wird, zeigt, auf welche schiefen Ebene die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bereits wieder gekommen ist. Stehen wir erst wieder vor diesem „entweder — oder“ — dann wissen wir, daß wir mit der Währungsreform nicht weit gekommen sind. Es gibt keine stabile Beschäftigungslage ohne eine stabile Währung. Es gibt aber auch keine stabile Währung ohne ausreichende Produktion, und eine ausreichende Produktion wieder nicht ohne die notwendigen Kreditmittel für die Wirtschaft. Die wirtschaftlichen Probleme sind miteinander verflochten, man kann sie nur lösen, wenn man den Hebel an mehreren Stellen zugleich ansetzt. Geht man nur von einer Seite heran, dann ist man nicht, sondern verkannt. Und wir haben den Eindruck, daß manches in unserer Wirtschaft noch, oder schon wieder „schief“ ist.

## Propaganda-Handelsspannen

Immer neue Vorwürfe gegen die Handelsspannen werden laut. Nebenbei wir rufen einmal die Kräfte aus Bauernkreisen. Da hört man Phantasiegeschichten. Die Handelsspannen bewegen sich zwischen 100 bis 1200%, die Großhandel wolle billiges Gemüse nicht verkaufen, da hierbei die Verdienstspannen zu gering seien, während sie der Großhandel ein Vertriebs von teuren Obstsorten und Gemüse interessiert.

Diese Behauptung von Kanoonregeln mühe eigentlich, reichen aber bei näherem Zusehen sind doch eigentlich mehrere Fehlpunkte dabei. Es ist ja

# Aus der deutschen Wirtschaft

## Französische Zone

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1948 ist in Südbaden-Oberrhein eine Erhöhung der Preise des Reichsleistungsgütertarifs um 85% angesetzt worden.

Die Anhebung der Preise für Vieh und Getreide in Südbaden ist an die der Blone angeschlossen worden. Die Preisbefreiung wird die entsprechenden Verfügungen in Kürze erfolgen. Man erwartet, daß die Bauern nunmehr ihren Ablieferungsplan nachkommen werden, damit die Friedensernte der Normalverbraucher ordnungsgemäß ausgegeben werden kann.

In Südbaden ist im Gegensatz zu den beiden anderen Ländern der französischen Zone die Getreide-Ablieferung mit Ausnahme einiger Betriebe im großen zentralen Markt erfolgt. Nach der vorgesehenen Planung müssen jetzt bis 25. 12. 70% der Brotgetreidemenge und 95% der Getreidemenge erfüllt werden. Die Ausgabe der Mahlkarte für die zweite Periode wird von der Erfüllung der Ablieferung abhängig gemacht. Die Mühlen haben die entsprechenden Anordnungen erhalten.

Das den Gläubigern des Landes Rheinland-Pfalz auferlegte Ablieferungspol von 402 t wurde bis zum 1. 12. in Höhe von 338 t = 84% erfüllt. Im Landesdurchschnitt sind 13,2% abzuliefern. Von der Erfüllung dieser Sätze wird es abhängen, ob dem Ernährungswirtschaften in den kommenden Wintermonaten 1949 t Öl zur Verfügung gestellt werden können.

Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß sich beim neuen Reichsleistungsgütertarif, insbesondere im Stützgebiet und anderen Mangelartikeln der zentralen Markt ausgleichenden Lohn und des Wertes weiters eingeleitet haben. Die Gewinner werden daher aufgefordert, ihren Wein vor dem ersten Abtrieb zu prüfen und anzusetzen zu lassen.

Die Industrie und Handelskammer von Mainz und Wiesbaden unterstützen die Er-

richtung eines Rheinlands als Schiefersteins. Einzelne Betriebe darüber, daß die links- und rechtsrheinischen Gebiete politisch und wirtschaftlich zusammengehören und daß der jetzige Zustand der Trennung durch die Zonenstellung auf die Dauer unhaltbar sei und schwere wirtschaftliche Nachteile mit sich bringe.

Wie das badische Ministerium der Finanzen mitteilt, werden die Löhne der beim badischen Staat beschäftigten Arbeiter rückwirkend ab 1. Oktober 1948 um vorläufig 10% erhöht. Auch die Vergütungsgruppen X bis VII erhöhten ab 1. 11. 1948 eine nach Vergütungsgruppen stufweise Erhöhung.

Im Arbeitsbereich des Arbeitsamtes (darüber) Oberstein ist eine erfreuliche Abnahme der Zahl der kumarbittenden Betriebe zu verzeichnen. Der größte Teil der Arbeitslosen besteht aus Arbeitern der kleinen Industriebranche, die infolge der Kapital-Reservierungen ihre Kapazität nicht voll auslasten kann. Man hofft durch den Bruch des im weiteren Anstieg der Zahl der Arbeitslosen steigen zu können.

Während der Oktober im Kreis Rastatt noch bestehende Anarchie einer wirtschaftlichen Belebung erkennen ließ, brachte der Monat November einen beachtlichen Rückgang der offenen Stellen. Bei der Industrie liegt zur Zeit überdurchschnittlich kein Bedarf an Arbeitskräften vor. Im Gegenteil machen sich in einzelnen Betrieben Bestrebungen bemerkbar, die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu verringern. Die Stromerzeugungen und die vollkommen ungenutzten Kohlenlieferungen haben eine Ausweitung der Kurzarbeit zur Folge gehabt.

Nach Mitteilung des Arbeitsamtes Karlsruhe wurde im aus Kassel von einem Überleitungsverbot der Militärregierung für Arbeiter, Bergleute und Metallarbeiter seit jedoch von diesem Verbot ausgenommen.

## Amerikanische Zone

Das bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten teilt mit, daß von einer neuartigen Schweinefleisch-Verordnung in absehbarer Zeit nicht gesprochen werden kann. Die Beteiligung an den Marktverträgen ist infolge der hohen Verkaufspreise derzeit abnehmend, und die vorgesehene Zahl bei weitem nicht erreicht werden.

Wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsabteilung der Militärregierung für Bayern bekannt gibt, wurden in der Zeit vom 1. Juli bis 30. November 1948 insgesamt nur 230.000 t Getreide, also etwa 24% des Solls für das Einzugsjahr 1948/49 abgeliefert. Die Ablieferung insgesamt liegt damit zwischen 12 und 19% der Ablieferungsziele. Die Militärregierung erklärt, daß die Lebensmittelrationen erhaltbar sind, nicht aufrecht erhalten werden können, wenn die Ablieferungsquoten nicht erfüllt werden.

1,3 Mill. kg Fleischfleisch wurden in der vergangenen Woche in Bremerhaven angeliefert, davon Islandfische 82 Mill. kg Kabeljau, Seelachs und Goldbrasse. In der Nordsee wurden 94 Mill. kg größtenteils Herings, gefangen.

Das Brauereiwirtschaften in Württemberg-Baden erreichte im Oktober mit 264 Mill. DM 67% des Monatsdurchschnitts im ersten Halbjahr 1948. Im Juli hatte es zu 100% des Aufkommens vor der Währungsreform betragen.

Der Bierverbrauch in Württemberg-Baden betrug in der Zeit vom 1. November 1947 bis zum 31. Oktober

1948 1,2 Mrd. kWh gegenüber 1,1 Mrd. kWh 1947, der Verbrauch ist damit um 20% gestiegen.

Wie der Vorstand des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen in absehbarer Zeit nicht gesprochen werden kann. Die Beteiligung an den Marktverträgen ist infolge der hohen Verkaufspreise derzeit abnehmend, und die vorgesehene Zahl bei weitem nicht erreicht werden.

Wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsabteilung der Militärregierung für Bayern bekannt gibt, wurden in der Zeit vom 1. Juli bis 30. November 1948 insgesamt nur 230.000 t Getreide, also etwa 24% des Solls für das Einzugsjahr 1948/49 abgeliefert. Die Ablieferung insgesamt liegt damit zwischen 12 und 19% der Ablieferungsziele. Die Militärregierung erklärt, daß die Lebensmittelrationen erhaltbar sind, nicht aufrecht erhalten werden können, wenn die Ablieferungsquoten nicht erfüllt werden.

1,3 Mill. kg Fleischfleisch wurden in der vergangenen Woche in Bremerhaven angeliefert, davon Islandfische 82 Mill. kg Kabeljau, Seelachs und Goldbrasse. In der Nordsee wurden 94 Mill. kg größtenteils Herings, gefangen.

Das Brauereiwirtschaften in Württemberg-Baden erreichte im Oktober mit 264 Mill. DM 67% des Monatsdurchschnitts im ersten Halbjahr 1948. Im Juli hatte es zu 100% des Aufkommens vor der Währungsreform betragen.

Der Bierverbrauch in Württemberg-Baden betrug in der Zeit vom 1. November 1947 bis zum 31. Oktober

1948 1,2 Mrd. kWh gegenüber 1,1 Mrd. kWh 1947, der Verbrauch ist damit um 20% gestiegen.

Wie der Vorstand des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen in absehbarer Zeit nicht gesprochen werden kann. Die Beteiligung an den Marktverträgen ist infolge der hohen Verkaufspreise derzeit abnehmend, und die vorgesehene Zahl bei weitem nicht erreicht werden.

Wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsabteilung der Militärregierung für Bayern bekannt gibt, wurden in der Zeit vom 1. Juli bis 30. November 1948 insgesamt nur 230.000 t Getreide, also etwa 24% des Solls für das Einzugsjahr 1948/49 abgeliefert. Die Ablieferung insgesamt liegt damit zwischen 12 und 19% der Ablieferungsziele. Die Militärregierung erklärt, daß die Lebensmittelrationen erhaltbar sind, nicht aufrecht erhalten werden können, wenn die Ablieferungsquoten nicht erfüllt werden.

1,3 Mill. kg Fleischfleisch wurden in der vergangenen Woche in Bremerhaven angeliefert, davon Islandfische 82 Mill. kg Kabeljau, Seelachs und Goldbrasse. In der Nordsee wurden 94 Mill. kg größtenteils Herings, gefangen.

Das Brauereiwirtschaften in Württemberg-Baden erreichte im Oktober mit 264 Mill. DM 67% des Monatsdurchschnitts im ersten Halbjahr 1948. Im Juli hatte es zu 100% des Aufkommens vor der Währungsreform betragen.

Der Bierverbrauch in Württemberg-Baden betrug in der Zeit vom 1. November 1947 bis zum 31. Oktober

1948 1,2 Mrd. kWh gegenüber 1,1 Mrd. kWh 1947, der Verbrauch ist damit um 20% gestiegen.

Wie der Vorstand des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen in absehbarer Zeit nicht gesprochen werden kann. Die Beteiligung an den Marktverträgen ist infolge der hohen Verkaufspreise derzeit abnehmend, und die vorgesehene Zahl bei weitem nicht erreicht werden.

Wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsabteilung der Militärregierung für Bayern bekannt gibt, wurden in der Zeit vom 1. Juli bis 30. November 1948 insgesamt nur 230.000 t Getreide, also etwa 24% des Solls für das Einzugsjahr 1948/49 abgeliefert. Die Ablieferung insgesamt liegt damit zwischen 12 und 19% der Ablieferungsziele. Die Militärregierung erklärt, daß die Lebensmittelrationen erhaltbar sind, nicht aufrecht erhalten werden können, wenn die Ablieferungsquoten nicht erfüllt werden.

1,3 Mill. kg Fleischfleisch wurden in der vergangenen Woche in Bremerhaven angeliefert, davon Islandfische 82 Mill. kg Kabeljau, Seelachs und Goldbrasse. In der Nordsee wurden 94 Mill. kg größtenteils Herings, gefangen.

Das Brauereiwirtschaften in Württemberg-Baden erreichte im Oktober mit 264 Mill. DM 67% des Monatsdurchschnitts im ersten Halbjahr 1948. Im Juli hatte es zu 100% des Aufkommens vor der Währungsreform betragen.

Der Bierverbrauch in Württemberg-Baden betrug in der Zeit vom 1. November 1947 bis zum 31. Oktober

## Englische Zone

Eine Verteuerung der Frachten mußte infolge des niedrigen Rheinstromwasserspiegels vorgenommen werden. Auf der Gebirgsstraße von Bad Reichenhain auf die angrenzende eine Belastung der Fahrzeuge mit nur 600 bis 700 t möglich.

Die frühere Kollisionslinie am Rhein bei Neudorf in der Nähe von Karlsruhe soll demnächst wieder eröffnet werden. Die ersten Vorarbeiten sind bereits durchgeführt.

Rund drei Mill. Wohnräume fehlen nach Änderungen des Arbeitsministeriums Halbfeld in Nordrhein-Westfalen.

Der Besuch ausländischer Kunden hat in Krefeld seit Bekanntgabe der Ausfuhrbeschränkungen zugenommen. Lieferabschlüsse sind bisher aber nur teilweise gekommen, wenn die Zahlung nicht in Dollar erfolgen mußte.

Rund 20.000 Facharbeiter werden gegenwärtig von der Industrie in Nordrhein-Westfalen gesucht.

Zum Neubau der Rheinbrücke zwischen Bonn und Beuel gibt die Land Nordrhein-Westfalen einen Zuschuß von einer halben Million D-Mark und gewährt außerdem noch ein Darlehen über den gleichen Betrag. Die Jahresverzinsung wurde mit 4 v. H. festgesetzt.

Verhandlungen über die Einschaltung deutscher Schiffsausrüstungs-Betriebe bei der Versorgung ausländischer Schiffe mit allem nötigen Material finden zur Zeit zwischen den westdeutschen deutschen Betrieben und der Militärregierung statt. Zur Zeit arbeiten an Deutschlands Küste von Lübeck bis Emden etwa 150 Schiffsausrüstungsbetriebe. Alle Betriebe haben die Aufforderung erhalten, Vertreter zu entsenden, um bei einem entsprechenden Ertrag die Versorgung der ausländischen Schiffe mit zu übernehmen.

Zur Zeit liegen in Hamburg Fischer-Häfen 15 Schiffe fest, die wegen Unstabilität (Kohlepreise, Teuern und Frachtpreise) nicht auslaufen können.

In den Reichswäldern in Watenstedt-Salzgitter ist Anfang 1948 mit der Wiederinbetriebnahme der Kaserne

einem starken Produktionsanstieg zu verzeichnen, während Bergbau und Metallurgie geringere Fortschritte gemacht hätten.

Ab 1. Januar 1949 treten in der Ostzone verschiedene Steuererleichterungen ein. So wird u. a. die Lohnsteuer um durchschnittlich 30% gesenkt. Die neuen Lohnsteuerarten begünstigen die Mehrarbeit. Bevorzugt behandelt werden die Einkommen der Lohnempfänger,

## Ostzone

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

## Westzone

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

die eine schließliche Tätigkeit einsehen, im Lehrberuf stehen oder als Funktionäre tätig sind. Die bisher steuerliche Einkommensteuer von 18 werden auf 12 DM erhöht und die Familienbeiträge neu festgesetzt. Einzelne Verordnungen sind bei Betrieben vorgesehen, die durch Spekulationen und Preisverhöhungen erwirtschaftet wurden. Bei der Erbschaftsteuer werden die Freibeträge der Erben von 10.000 auf 20.000 DM heraufgesetzt. Bei kleineren Unternehmungen bis zum Werte von 20.000 DM soll die Vermögenssteuer von 1 auf 0,5 % herabgesetzt werden. Ausgenommen sind Land- und landwirtschaftliche Unternehmungen, deren Vermögenssteuer von 1,5 auf 1 % herabgesetzt werden.

Die Verwaltung für Brennstoffindustrie bei der Deutschen Wirtschaftskommission der Ostzone wartet auf eine Herabsetzung der im Dezember als Reparationen zu liefernden Brennstoffe. Erst unter dieser Voraussetzung werden die zur angeforderten Versorgung des Ostzonen von Reich benötigten Kohlen zur Verfügung stehen.

Aus Leipziger Wirtschaftsrevue vermeldet, daß dort in letzter Zeit die Zahl der Arbeitslosen erheblich gestiegen sei. Es werden Zahlen von 20.000 bis 25.000 Erwerbslosen genannt, vor allem aus der Textil- und Metallindustrie.

Dem Privatfirmen der Leicht-, Textil- und Metallindustrie in der Ostzone sind in der vergangenen Woche die vorhandenen Lager an Metall- und Halbfabrikaten, die für die Aufträge nach dem Planungszeit der ersten beiden Monate bestimmt waren, beschlagnahmt worden. Diese Vorkäte seien an die landeseigenen Betriebe weitergeleitet worden.

Der freie Verkaufsladen in Leipzig hat in den ersten drei Tagen nach seiner Eröffnung über 500.000 DM Umsatz umgesetzt und wurde von 20.000 Käufern besucht. Am meisten beliebt waren Backwaren und Textilartikel.

Im Gummi- und Kabelwerk Halle (Saale) wurden erstmalig Kupferkabel verschiedener Stärke mit einem Igelmantel versehen.

Von 71881 Fischerthermometern, die für den großen Bedarf der Ostzone von 1. Januar bis 30. September 1948 zur Verfügung gestellt wurden, gingen 260.328 mit Wissen und Hilfe des Gläsernen Linien- und der norddeutschen Stelle der thüringischen Wirtschaftskommission durch Kommissionsgeschäfte in die Doppelzone und von dort zu einem erheblichen Teil ins Ausland. Darüber hinaus kamen in der gleichen Zeit nach Mitteilung der Landwirtschaftskommission 21 Fabriken weitere 67.282 Fischerthermometer dem Schwarzmarkt zugeführt.

Die Holzenergie-Flaßfabrik, Deutschlands größte Kohlewärme, stellen jetzt monatlich 11 Mill. Woodkuchen gegenüber 7 Mill. vor dem Krieges her. Das Werk, das auf der Demontageliste stand, ist BAG-Betrieb geworden und arbeitet ausschließlich für Reparatur- und erwerbsfähige Exportwaren. 100 Arbeiter sind in drei Schichten tätig.

In Bismark wurde Ende November eine Reststocker Zandwerkstatt in Betrieb genommen. Das Werk wird von einer GmbH betrieben, an der die Stadt Bismark mit 51 % beteiligt ist. Die Erzeugung soll sich bei zwei Schichten auf eine Million Schacheln im Monat belaufen.

20.000 Standard gesägtes Holz soll die Sowjets nach Großbritanien liefern. Die Lieferung geht auf einen Abschluß über rund 7000 Standard zurück, der im Oktober zwischen der Sowjetunion und Großbritannien getätigt wurde. Von dem Rest der sowjetischen Lieferverpflichtungen werden 20.000 Standard über die sowjetischen Wäldereien, vorwiegend Archangel, und 1700 Standard über Leningrad verschifft. Die Preise des über Archangel zu verschiffenden Holzes sollen um 10 % je Standard über den sowjetischen Preis für Großbritannien liegen.

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

den stadtvertretende Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission für die Ostzone, Fritz Seifmann, bescheinigt die Beibehaltung General-Clares über einen Stillstand der Wirtschaft in der Ostzone als völlig unzureichend. Mit Hilfe westdeutscher Länder sei der Ausfall der westdeutschen Stahllieferungen ausgeglichen worden. Die Textil-, Holz- und Baumaterialien-Industrie hätten

**LEIPZIGER MESSE**  
6. bis 13. März 1949  
Der zentrale Markt für Zonen-, Interzonen- u. Exportgeschäfte  
gestaltet durch die zuständige Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer

# „Germanisierung“ des ERP

Auf der nächsten Sitzung des amerikanischen Kongresses wird der Nachtragshaushalt für den ERP von 1 Mrd. Dollar für die Monate April bis Juni zur Diskussion stehen. Als Präsident Truman die Zeitungsartikel für die bisher bewilligten Hilfsposten von 13 auf 15 Monate erhöht hat, außerdem, wird man in nächster Zeit mit der Beratung über die für das zweite Jahr zu bewilligenden Hilfsposten beginnen.

Auch in den Vereinigten Staaten schließt man nach dem demokratischen Wahlsieg die Aussichten der zweiten Marshall-Plan-Rate in veranschlagter Höhe zu erwarten. Studien und Konzepte der gemeinsamen Persönlichkeit lauten für Europa optimistisch. So hat das Wahlgesetz-Committee der beiden Häuser des Kongresses die Erfahrungen des ersten ERP-Jahres gesammelt und bemerkenswerte Fortschritte in den europäischen ERP-Ländern festzustellen. Es bedarf allerdings die langsame „Unfaltung“ der westeuropäischen Staaten und stellt mit dieser Bemerkung vor allem auf England und Frankreich. Bedeutend ist, daß auch aus den Kreisen der Republikaner günstige Stimmen erschallen. So hat der Präsident der „Motor Vehicle Association of America“ zwar die bisherigen Erfolge des ERP nicht negativ beurteilt, hat sich aber andererseits für eine noch weit weiter gespannte wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgesprochen. Aus Regierungskreisen und privaten Kapitalgebern des „partnership capitalism“ zu entwickeln, der sich über die ganze Welt ausbreiten dürfte. Diese großartigen Gedanken umfassen in diesem Falle der Forderung für die kommunistischen Welt, deren weiteres Ausbreiten mit diesem sehr liberalen Republikaner mit Bedauern verurteilt wurde. Gleiches antikomunistische Tendenzen stehen hinter dem Gedanken, den Ost-Verhandlungen mit den kommunistischen Bündnis zu fördern und diese zu Symbolen für die westliche Welt zu machen. In letzter Zeit sind gerade die amerikanischen Exporte nach Ost-Europa auf einen sehr niedrigen Stand gesunken, während Holland seine Krise als Teil der amerikanischen Metallimporte hat in letzter Zeit nach zu Holland, Polen usw. nach den Vereinigten Staaten lieferte, um seinen dringenden Dollarmangel abzumildern.

Nach allen diesen Meldungen scheint die „Germanisierung“ gegenüber Europa günstig zu sein. Wenn die bisher übliche Verständigung des europäischen Wirtschaftsausschusses in den Vereinigten Staaten demnach nicht so spielt, daß die immer noch unrichtige Stellung Deutschlands eine bedeutende Rolle. Als besonders wichtige Bestände der Marshall-Plan-Akte wird die Erweiterung der sogenannten „Generalized“ erwartet, wodurch amerikanisches Privatkapital in verstärktem Umfang für Investitionen in West-Europa zur Verfügung stehen soll. Die bisherige Garantiesumme aus ERP-Fondsen von 300 Mill. Dollar soll auf 1 Mrd. Dollar im zweiten ERP-Jahr erhöht werden und die bisherige Transferrate zu einer Kapitalgarantie umgewandelt werden, die die Investitionen u. a. auch gegen die Risiko von Metalllieferungen in europäischen Ländern sichern soll. In europäischen Kreisen herrscht nun, daß das amerikanische Kapital sich in erster Linie für Deutschland interessiert. Die sozialistische Zeitung „New Statesman and Nation“ sieht bereits ein finanzielles deutsch-amerikanisches Konsolidum entstehen und spricht von einer Germanisierung des Marshall-Planes. Man wird Industriellen des Humphrey-Ausschusses, der die Demontagen in Deutschland zu überprüften hat, vor, daß sie private Interessen in West-Europa verfolgen und einem „klimaförmlichen Nationalismus“ die Tür öffnen. Man spricht sich sehr großzügig für eine Wiederherstellung Westdeutschlands aus, jedoch nicht, wie man sich diese bei den weiter beschleunigten Demontagen vorstellen und wendet sich nun gegen die vielbetonte „in die Hoffnung, gegen amerikanische Holdingsgesellschaften mit deutschen Direktoren“. Nun, von Deutsche könnte diese Sorge um die Überwindung unserer Industrie hat führen.

Man hofft in England, daß Truman der Notrufen der „bedrückten“ Westeuropäer Gehör schenken wird und die eventuellen Anträge des Humphrey-Ausschusses nicht mehr, vor Zusammenbruch des neuen amerikanischen Kongresses durchgesetzt werden. Man glaubt, daß dieser die Methoden und Ziele der Männer, die im wesentlichen von den republikanischen Kreisen im letzten Kongreß abhängig waren, nicht anerkennen würde. Selbst

aus New York verläutet schon, daß man bei der Überprüfung der deutschen Demontagen weitgehend auf die innenpolitische Situation der westeuropäischen Regierungen wird Rücksicht nehmen müssen. Es ist ja bekannt, daß der Appell an die nationalpolitischen Instanzen im Umweg über die deutsche Frage eines der effektivsten Lichter im interpolitischen Feuerwerk mancher westeuropäischen Länder war und leider auch immer noch ist. Nur vergißt man, daß man damit nicht nur den Nationalismus im eigenen Lande abtötet — einen Nationalismus, gegen den man sich nicht nach dem Vorschlag von „New Statesman and Nation“ die deutschen Gewerkschaften mobilisieren kann, die in diesem Fall gerade die wesentlichen Träger dieses Nationalismus sein würden. So kommen wir leider zu der bedauerlichen Verurteilung, daß bei den Beratungen in Washington über die weitere wirtschaftliche Hilfeleistung gegenüber Europa wie bei den Besprechungen in London über die Demontagen unter die wirtschaftlichen Gesichtspunkte auch wieder politische Gemütsarten einzufließen werden, die bisher alle Bemühungen um die wirtschaftliche Gesundung Westeuropas paralytieren.

### Import der Doppelzelle

Das Neunzig-Tage-Programm der OEEC für die Doppelzelle 40 bis 44 Mill. und der ERP-Plan für das dritte und vierte Quartal 1948 248.611 Mill. Dollar, vor, es daß insgesamt rund 500,5 Mill. Dollar zur Verfügung stehen. Von dieser Summe bewilligte die ERP-Verordnung bis zum 20. November d. J. knapp 200 Mill. Dollar. Davon waren bis zum 1. Dezember über 171.130 Mill. Dollar bereits durch Kaufverträge disponiert. Tatsächlich wurden bis zum letztgenannten Zeitpunkt für 24.961 Mill. Dollar Waren eingeführt, was ungefähr 20,5% der vorgesehnen Lieferungen und etwa 34,5% der von der ERP-Verordnung bewilligten Zuteilungen entspricht. Bis zum Jahresende sind noch weitere Lieferungen zu erwarten, ohne daß jedoch dadurch die bewilligten Mittel vollständig erschöpft wurden.

An Lebensmitteln, Baumwolle, Rohgummi und Soperphosphat wurden 4, 6, in den einzelnen Zuteilungen folgende Mengen eingeführt:

Neunzig-Tage-Programm: Weizen und Mehl aus USA für 10 Mill. Dollar, Pferdefleisch aus USA für 7,5 Mill. Dollar.

Beurteilung aus USA für 41 Mill. Dollar, Superphosphat aus Luxemburg und Belgien für 1,8 Mill. Dollar, Rindfleisch in Dosen aus Mexiko für 1,1 Mill. Dollar, Waalöl aus Norwegen für 2 Mill. Dollar, Kartoffeln aus Holland, Belgien und der USA für 1,8 Mill. Dollar, Obst und getrocknete Bohnen aus der Türkei für 1,3 Mill. Dollar.

Drittes Quartal 1948: Getreide aus USA für 44 Mill. Dollar, Kakaos aus Niederländisch Indien für 1,9 Mill. Dollar, Obst und Gemüse aus Italien für 1,3 Mill. Dollar, Trockenfrüchte aus den USA für 1,1 Mill. Dollar, Heringssalat in Dosen für 1,7 Mill. Dollar und Waalöl aus Norwegen für 1,4 Mill. Dollar. Im vierten Quartal wurde Getreide aus den Vereinigten Staaten im Wert von etwa über 1 Mill. Dollar sowie Erdbeeren im Werte von 5,7 Mill. Dollar eingeführt.

Von den industriellen Rohstoffen und Erzeugnissen im Werte von 1.000 Mill.

Dollar, das sind 1,4% der von der ERP-Verordnung genehmigten Beiträge die bisher eingeführt wurden, enthält der Hauptposten auf Einzelblättern aus den USA im Werte von 700.000 Dollar. Weitere Posten sind: Eisen aus den Niederlanden für 297.000 Dollar, Eisenbahnwagen aus der UdSSR für 250.000 Dollar und Schweißbleche aus Belgien für 42.000 Dollar.

### Gestrichene Kredite

Nach einer Mitteilung der ERP-Verwaltung in Washington wurden die Kredite für Frankreich um 2,99 Mill. Dollar, für Großbritannien um 9,43 Mill. Dollar, für Irland um 49.600 Dollar herabgesetzt. Dagegen erhielten Österreich 6,3 Mill. Dollar, Belgien und Luxemburg 1,3 Mill., die Birma 276.000, Griechenland 481.000 und China 100.700 Dollar.

### Französische Anteile

Der französische Finanzminister wurde ermächtigt, Anleihen bis zum Gesamtwert von 250 Mill. Dollar bei der Export-Import-Bank aufzunehmen. Die Anleihebedingungen müssen den Abschnitten des französisch-amerikanischen Abkommens innerhalb des ERP entsprechen. Die Leihsumme wird dem Betrag gleich-

kommen, den Frankreich innerhalb des ersten Marshall-Plan-Jahres als Anleihe von den USA empfangen soll.

### Warenverkehr USA—Europa nach 1952

Auf eine Anfrage des Pariser Rates für Europa-Wirtschaft (OEEC) über die Gestaltung des Handels mit den Vereinigten Staaten nach Beendigung des Marshall-Planes antwortete die amerikanische Regierung, daß die Ausfuhr der ERP-Länder nach den USA im Haushaltsjahr 1953 dreimal so hoch sein soll, wie 1947 und 19% über den Exporten von 1948 liegen wird. Der Wert der eingeführten Halbfabrikate wird mit 2,4 Mrd. und der der Fertigwaren mit 1,3 Mrd. Dollar angegeben. Während die europäischen Staaten 1948 nur für 267 Mill. Dollar nach den USA ausfuhrten, rechnen sie für 1953/54 mit Ausfuhr nach Nord- und Zentralamerika in Höhe von 12% der Vorkriegsexporte, von 1949 nach Südamerika, 10% nach Ländern des Mittelmeeres und von 1950 nach anderen Staaten. Die europäischen Länder hoffen, im gleichen Jahr von Nord- und Zentralamerika ebensoviel einführen zu können wie sie 1948 nach dort ausfuhrten.

# Englands Vierjahresplan und Europa

Von unseren Londoner Berichterstatter

Die Besorgnis hat man in Britannien genommen, daß über den Vierjahresplan, den die Regierung vor einigen Wochen der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) in Paris vorgelegt hatte, durch indirekte Einzelheiten bekannt geworden sind, ohne daß die Regierung vorher Gelegenheit hatte, das ihr stützende in der Öffentlichkeit zu erklären. Es scheint, daß die Regierung der OEEC Schwächen verprochen habe, die die von den am Marshallplan teilnehmenden Ländern einsehenden 18 Berichte über ihre „Planungen bis 1952“, in einem „Meisterröckchen“ zusammengefaßt, zur Verfügung an die Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) in Washington gelangt wären. Die Briten hatten ihren Plan als erste eingereicht und waren auf Grund von Provisionen zu Revisionen bereit. Gegenüber der nun einsetzenden Kritik muß sich Britannien nun noch gegen Vorwürfe wehren, daß „es immer Britannien ist, das eine europäische Zusammenarbeit behindert“, wie es der „Economist“ ausdrückt.

### Britische Kohlenpreise höher als die deutschen

Dem „Daily Express“ zu Folge sollen die USA den britischen Brennstoffpreisen geben, haben den Preis der für den Inlandverbrauch bestimmten Kohle zu erhöhen, den Preis für Exportkohle dagegen zu senken. Die Verweigerung des Marshall-Planes sollen zur Begründung dieser Bitte darauf hingewiesen haben, daß der hohe Preis der britischen Kohle auf dem Festland den Wiederanstieg Europas verlangsamt. Der Preis für Exportkohle, der gegenwärtig um 30% unter dem britischen Kohlepreis liegt, sei abnehmend künstlich heraufgedrückt worden, um einen so starken Wettbewerb mit britischer Kohle zu verhindern.

Man nimmt an, daß Großbritannien gegen diese Vorwürfe mit folgenden Argumenten Stellung nehmen wird: 1. Die britische Kohle wird zu einem „Zwei-Klassen-Preis“ verkauft und die deutschen Kohlenpreise sollten eher herauf auf die britischen herabgesetzt werden. 2. Die britischen Kohlenlieferungen bilden einen Beitrag zum europäischen Wiederaufbauprogramm. Großbritannien könnte die Kohle die es ausführt, sehr gut selbst verwenden. 3. Der Kohlenpreis richtet sich nach dem amerikanischen Preis. Wenn die Preise für amerikanische Kohle, die nach Europa verschifft wird, sinken würden, so würden die europäischen Preise ihnen folgen.

### Elektrizitätsverbrauch steigt

Von 1935 bis 1947 ist der Jahresverbrauch an elektrischem Strom in Großbritannien um 20.445 Mill. kWh auf 28.781 Mill., also um mehr als 35% gestiegen. Der Verbrauch der Haushaltungen der 1938 30% des Gesamtverbrauches ausmachte, ist auf fast 30% des Gesamtverbrauches im Jahr 1947 gestiegen. Diese von dem britischen Minister für Brennstoffe und elektrische Energie bekanntgegeben Zahlen zeigen die großen Schwierigkeiten, die für die Elektrizitätswirtschaft vor allem während der Spitzenverbrauchsstunden entstehen, die von 8 bis 13 Uhr vormittags und 18.00 bis

abende Sorge des europäischen Schuldens, seine Dollarbilanz so weit wie möglich auszubalancieren. Das erfordert Verkäufe auf dem Dollarmarkt und Einkäufe in Ländern mit weicher Währung. Wenn alle am Marshallplan teilnehmenden Länder so vorgehen wollten, würde der Markt zwischen ihnen bald auf das geringste Minimum einschränken sein. Das ist unzulässig, weil durch die Natur des europäischen Wirtschaftssystems bedingt, daß, weil die wesentlichen Waren, die im Welt-Dollargebiet erhältlich sind, zum unzureichend sind, die Bedürfnisse Europas zu befriedigen.“

### Rekordausfuhr der Elektroindustrie

Der britische Handelsminister Wilson erklärte, die britische Ausfuhr an elektrischem und radio-elektrischem Material habe in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen Wert von fast 10 Mill. Pfund Sterling gegen nur zwei Mill. im Jahr 1938 erreicht. Die Ausfuhr der elektrischen und radio-elektrischen Industrie sowie der Maschinenbau-Industrie (Kraftwagen, Lokomotiven, Schiffe, Fahrräder usw.) ermöglichten es Großbritannien, praktisch, seine gesamte Lebensmittel-Einfuhr zu finanzieren.

### Handelsflotte frei für Wettbewerb

Die Regierungskontrolle über die britische Auslandsschifffahrt ist mit einigen Ausnahmen aufgehoben worden, so daß die britische Handelsflotte damit erstmals seit Kriegsende den offenen Wettbewerb auf dem Weltverkehrsmarkt wieder aufnehmen kann. Die Klarnschiffahrt bleibt hiervon unberührt.

### Englische Staats-Autobahnen

Mit der einstimmigen Annahme der „Special Roads Bill“ durch das Parlament ist die britische Regierung ermächtigt worden, Sonderstraßen für Kraftfahrzeuge, Fahrräder und Fußgänger anzulegen, so daß jetzt die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen worden sind, auch in England ein System von Autobahnen zu bauen. Im Verlauf der Diskussion dieses Gesetzes hatte der Transportminister Barnes Geographen, darauf hinzuweisen, daß dies eine grundsätzliche Wendung in der englischen Straßenbaupolitik bedeutet, die mit den technischen Fortschritten im engsten Zusammenhang steht. Hinsichtlich der voraussetzenden Kosten des neuen Straßensystems wird von Seiten der englischen Regierung betont, daß die Anlage neuer Autobahnen sich sogar billiger stellt als die von Straßen für den Gesamtverkehr, und zwar kostet der Bau von Autobahnen nach den vorliegenden Ansätzen 120.000 Pfund pro 1000 Meilen 6 Meile = 1.000 Meilen gegen 175.000 Pfund für die allgemein benutzbaren Straßen.

Das bisherige Projekt der englischen Autobahnen erlaubt Straßentypen von insgesamt 1000 Meilen, also nur etwa 1% des gesamten englischen Straßensystems.

# Metallzuschußland USA

Der letzte Krieg hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Vereinigten Staaten von einem Metallzuschußland, das sie noch im ersten Weltkrieg waren, zu einem Metallzuschußland geworden sind. Auf dem American Mining Congress in San Francisco wandte sich der Verkaufsleiter der American Smelting and Refining Co., Fred, gegen die in USA vielfach verbreitete Ansicht, daß die Bergbauindustrie der USA den Bedarf der USA an Metallen von eigener Förderung decken könnte, wenn sich die amerikanische Regierung damit enthielte, könnte die Subventionierung der Metallindustrie anderer Länder durch große Metallkölle einstellen, und der amerikanischen Metallindustrie die notwendige Hilfe in der Form von Zöllen, Subsidien und Anleihen zu gewähren. Nach der Ansicht von Mr. Stead wurde zur Erreichung der Selbstgenügsamkeit in der Metallversorgung der USA eine Steigerung der Kupfererzeugung um 600.000 t im Jahr und der Bleierzeugung um rund 200.000 t notwendig sein. Das bedeutete eine Expansion der gegenwärtigen Erzeugungskapazität bei Kupfer und Zink um 50% und bei Blei um 75%. Produktionssteigerungen in diesem Ausmaß erforderten nicht nur eine enorme Entwicklungsarbeit auf neuen Erzkvorkommen, sondern auch große Kapitalaufwendungen und würden zudem nur über einen langen Zeitraum zu verwirklichen sein. Mr. Stead rechnete für diesen Fall mit einem Zeitraum von mindestens fünf bis zehn Jahren. Für diese

Zeit würden die USA bei dem gegenwärtigen Verbrauch auf die Einfuhr von Kupfer, Blei und Zink angewiesen sein. Außerdem sei zu erwarten, daß der Verbrauch an Metallen in den nächsten zwei Jahren wahrscheinlich weitest über liegen werde als in den zwanziger oder dreißiger Jahren vor dem Krieg. Die amerikanische Bevölkerung steigt um etwa 1% im Jahr zu und hat sich im Jahr 1950 um rund 10% erhöht. Die ständig sich steigende Mechanisierung des Lebens in USA, die immer mehr um sich greifende Verwendung von Haushaltsmaschinen, Automobilen usw. erfordert ständig wachsenden Metallbedarf für Erzeugnisse und Reparaturarbeiten. Die Erneuerung von Anlagen ist dabei zu berücksichtigen, daß nach der Aluminium-Industrie bei dieser Entwicklung steht. Die Beschäftigungspolitik der amerikanischen Regierung würde zudem die Nachfrage nach Metallen für Jahre beeinflussen. Wenn auch die gegenwärtig überalterten Metallpreise, die u. a. auch eine Folge von Streiks in den USA und in Mexiko seien, wahrscheinlich ihren Stand auf die Dauer nicht würden behaupten können, so würden sie doch in der kommenden Zeit über dem Vorkriegsstand liegen.

Welche Wandlungen zwei Weltkriege und die dazwischen liegende Zeit in der amerikanischen Metallwirtschaft ausgelöst haben, ergibt sich aus der nachstehenden Zusammenstellung:

### USA-Metallbilanz

USA-Anteil in Prozenten der Welt

	Erzeugung		Verbrauch	
	1913	1914-1918	1913	1914-1918
Kupfer	90,4	79,8	65,5	51,0
Blei	34,4	44,3	31,8	30,2
Zink	35,4	54,8	47,3	41,4
Zinn	—	3,48	12,7	10,5
Aluminium	35,3	35,3	37,3	35,3

Beide Kriege brachten zwar eine Steigerung des prozentualen Anteils der Vereinigten Staaten an der Weltmetallerzeugung, doch ist der Leistungsabfall bei Kupfer und Blei unverkennbar. Der Anteil der USA lag hier sogar unter dem Stand von 1913 im letzten Krieg. Für Zink und Aluminium lag er zwar höher als 1913, blieb aber unter dem Höchststand des ersten Weltkrieges. Der relativ hohe Anteil der Erzeugung an der Weltmetallerzeugung im letzten Krieg war auf die Basis einflussreicher Erzkvorkommen bedingt. Ganz anders hat sich der amerikanische Verbrauch entwickelt. „Der Anteil am Weltmetallverbrauch lag mit Ausnahme des Aluminiumverbrauches in jedem Fall höher als 1913 und überstieg für Kupfer, Blei und Zink sogar den Rückwärtsverbrauch des ersten Weltkrieges.“

Die gegenläufige Entwicklung der beiden Zahlenreihen läßt erkennen, daß die USA seit der Zeit vor und während des ersten Weltkrieges von einem Metallüberschußgebiet wesensmäßig zu einem Verbrauchgebiet geworden sind. Während des ersten Weltkrieges konnten noch 10% zu einem Viertel der amerikanischen Metallproduktion bei den einzelnen Metallen trotz des geringeren Eigenverbrauches exportiert werden, während im letzten Krieg zwei-

terung von Industriemetallen wichtiger werden, besonders angesichts der Vorkriegsstände der USA. Während von den Eisenerz- und Manganzubehörenden der Vorkriegsstand noch keines wieder in Betrieb genommen werden konnte, hat die Lepanto Consolidated Iron Kupfererzeugung nach den USA bereits vor zwei Jahren aufgenommen. Die Gesamtproduktion von Kupferkonzentraten nach den USA im September 1948 ausgeführt. Die Chromitgrube der Chromit-Mines exportiert etwa 12.500 t Chromit monatlich nach den USA, während die Anhe, eine andere Chromit-Gesellschaft 10.000 t Chromit zur Hälfte liefert hat, die jetzt ebenfalls zur Verfeinerung nach den USA gelangt sind. Die Außenhandelspolitik der Philippinen für das erste Halbjahr 1948 bedingt die Chromiterzeugung auf 120.127 t gegenüber 87.701 t im ersten Halbjahr 1947.

Aus New Delhi wird berichtet, daß die USA gegenwärtig versuchen, große Mengen indischen Manganses für den Ausbau ihrer strategischen Reserven zu erwerben. Es handelt sich um etwa 600.000 t, die noch in diesem Jahr geliefert werden sollen. Die höchsten Kriegslieferungen indischen Eisens mit 579.125 t im Jahr 1943. Das waren damals rund 40% der amerikanischen Gesamtzufuhr. Der Rest wurde von Korea, Brasilien, der Goldküste und Südamerika geliefert. Indien wird sich als Gegenlieferant Petroleumprodukte und Industriell-Auswertungen.

### Kürzung der No-Metallzufuhren

Die amerikanischen Exportquoten für No-Metalle, Mineralien und Verlegetextilien sind im vierten Vierteljahr 1948 im Vergleich geringer als in dritten, teilte das amerikanische Handelsministerium mit. Das Ministerium begründet diese Maßnahmen mit einem Rückgang der Nachfrage wegen des Dollarmangels und dem ständig ansteigenden amerikanischen Eisenbedarf. Die stärkste Kürzung, um 10%, erfahren verschiedene Zinkersatzstoffe, gefolgt von Kupfer, Messing, Bronze und einigen Bleispezialitäten. Erhöht wurden die Ausfuhrquoten für Barytmineralien, Zinkersatzstoffe, Bleisäure und -platten, sowie Leinwand.

Nach Berichten des „Journal of Commerce“ sind die USA über die umfassen Aluminium-Ausfuhr nach Kanada in die Marshallplan-Länder beunruhigt. In dem Bericht ist ein großer Aluminiumbedarf, der durch Einfuhr gedeckt werden muß. Die USA müßten für eingeführten Schrott Preise zahlen, die über denen für Kanadisches Neo-Aluminium liegen.

### Treibstoffe aus Schieferöl

Die erste Ladung von 1.000 t Gießblei aus dem im Regierungsbesitz befindlichen Gießbleivorkommen von Rife (Colorado) soll jetzt in einer Versuchsanlage in Baton Rouge, die von der Standard Oil Development und dem Bureau of Mines entwickelt wurde, nach dem Crack-Verfahren verarbeitet werden. Aus dem gewonnenen Rohöl werden Benzin, Dieselöl, Schmieröl und Metall erzeugt. Obwohl Schieferöl gegenüber Erdöl noch nicht wettbewerbsfähig ist, wurde bereits ein wesentlicher Anstieg der Gewinnung von Schieferöl erzielt.

# Süddeutscher Spinnweb-Verband G. m. b. H. Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

- Spinnereien
- Weberereien
- Bleichereien
- Färbereien
- Druckerei



Obwohl der Plan noch mit den Plänen der übrigen 17 Länder abgestimmt werden muß und hier und da noch Änderungen einzuwirken werden, ist er als Dokument von größter politischer Bedeutung zu werten. Denn er legt in bester Eignung die Wirtschaftspolitik für die nächsten 4 Jahre fest. Demnachprophet findet er auch das gebührende Interesse der Öffentlichkeit. Seine Betrachtungen der Sachlage schließt der „Observer“ mit dem Gedankengang: „Der Plan vertritt die vorherr-





Welt-Warenmärkte

Weizenmangel behoben

Die im Oktober mit 1,3 Mrd. Bushel (1 Bushel = 35,2 kg) festgesetzte Schätzung des diesjährigen Weizenanbaus der USA, die im November auf 1,4 Mrd. Bushel (1 Bushel = 35,2 kg) korrigiert wurde, ist ein Zeichen für den Weizenmangel behoben...

New Yorker Zinkpreise in US-Dollars je 100 Pfund. Tabelle mit Spalten für Monat, Preis, Differenz zum Vorjahr.

Die Organisation der nordamerikanischen Metallindustrien, die in einem heftigen Konflikt mit dem amerikanischen Stahl...

Der Philippinen-Kaputmarkt hat, bei steigendem Angebot, ein starkes Interesse an Kupfer...

Die Weltmarktproduktion wird 1948 nach den neuesten Schätzungen größer sein als im Vorjahr...

New Yorker Kaffeepreise in US-Dollars je 100 Pfund. Tabelle mit Spalten für Sorte, Preis, Differenz zum Vorjahr.

Die erste Einkaufsverträge (Verkaufungsverträge) für die Tabakwarenindustrie...

Welpenpreise in US-Dollars je Hund. Tabelle mit Spalten für Rasse, Alter, Preis.

Die stromlosen Halbleitungsverträge haben in Stuttgart Begrenzungen geführt...

den von der Regierung zur Verfügung gestellt werden. Letztlich und schließlich sind auch die...

Die Weltmarktproduktion wird 1948 nach den neuesten Schätzungen größer sein als im Vorjahr...

Die stromlosen Halbleitungsverträge haben in Stuttgart Begrenzungen geführt...

Die Weltmarktproduktion wird 1948 nach den neuesten Schätzungen größer sein als im Vorjahr...

Die stromlosen Halbleitungsverträge haben in Stuttgart Begrenzungen geführt...

In- und Auslandsbörsen

Frankfurt 10.12.48. In der abgelaufenen Woche bewegte sich die Umsätze in der Frankfurter Wertpapierbörse...

Effektienbörsen. Tabelle mit Spalten für Börse, Umsatz, Differenz zum Vorjahr.

München 10.12.48. Die Bayerische Wertpapierbörse zeigte im Beginn der Woche...

Die stromlosen Halbleitungsverträge haben in Stuttgart Begrenzungen geführt...

Frankfurt 10.12.48. In der abgelaufenen Woche bewegte sich die Umsätze in der Frankfurter Wertpapierbörse...

Effektienbörsen. Tabelle mit Spalten für Börse, Umsatz, Differenz zum Vorjahr.

München 10.12.48. Die Bayerische Wertpapierbörse zeigte im Beginn der Woche...

Die stromlosen Halbleitungsverträge haben in Stuttgart Begrenzungen geführt...

Wirtschafts-Literatur

Wirtschafts-Literatur. Eine Liste von Büchern und Zeitschriften, die in der Kategorie 'Wirtschafts-Literatur' veröffentlicht wurden.

